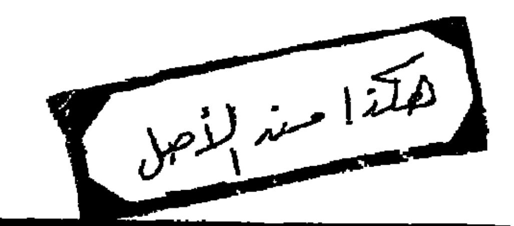


ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

DONNERSTAG, 23. JANUAR 1975 • PREIS: IL 1.30 — יום חמישי, י"א שבט תשל"ה ★ המחיר: ל"י

Aegypten erwartet Besuch Kissingers schon in Kürze

Nach Ueberzeugung der ägyptischen Tageszeitung „Al Ahram" wird der amerikanische Aussenminister Prof. Kissinger am 6. oder am 7. Februar in den Nahen Osten kommen und Verhandlungen in Aegypten, Syrien und Israel führen. Das genaue Besuchsdatum soll noch in Aussprachen mit diesen drei Staaten vereinbart werden.

In Damaskus wusste das offizielle Organ „Al Taura" zu berichten, dass Kissinger im Rahmen seiner Vermittlungsbemühungen nach dem israelisch-amerikanischen Vorschlag einer Teillösung in den Nahen Osten kommen wird. Die syrische Zeitung erinnert bei dieser Gelegenheit daran, dass eine solche Lösung nur auf der Grundlage der Beschlüsse von Rabat gefunden werden kann. Dies bedeutet, dass Israel alle seit dem Jahre 1967 verwalteten Gebiete einschliesslich Jerusalem räumen und die Rechte des palästinensischen Volkes anerkennen muss. Das Parteiorgan „El Baath" fügt hinzu, dass die Araber besondere Aufmerksamkeit gegenüber den „israelischen Angriffen auf den Südlibanon" zeigen müssten.

Prof. Kissinger ist jedoch der Ansicht, dass Syrien einer Friedenslösung zustimmen wird, wenn Israel „nur ein paar Kilometer im Golan" abgibt.

FRANZOESISCHER BESUCH IN DAMASKUS

Der Präsident der französischen Nationalversammlung, Edgarde Faure, traf aus Beirut kommend zu einem fünftägigen Besuch in Damaskus ein.

Israel fordert nach dem Sadat-Interview erneut aegyptische Gegenleistungen

(HM) — In einer Stellungnahme zum Interview, das Präsident Sadat dem Korrespondenten des Pariser „Le Monde" gewährt hatte, sagten gestern politische Kreise in Jerusalem, dass Israel zu Friedensverhandlungen mit jedem seiner Nachbarstaaten bereit sei, doch müsse dies auf gegenseitiger Basis und mit Rücksicht auf die spezifischen Probleme jedes besonderen Grenzabschnittes geschehen.

Israel habe mehr als einmal erklärt, dass man zwischen den respektiven Grenzen, ihrer besonderen Beschaffenheit gemäss, unterscheiden müsse. Die Probleme (Topographie, Strategie, Charakter des herrschenden Regimes) seien gesondert zu betrachten. Sollte Präsident Sadat auf irgendeiner Bindung zwischen einer Regelung mit Aegypten und Regelungen mit anderen Ländern, die an Israel angrenzen, bestehen, so bedeute dies, dass er das Ruder wieder extremen Elementen überlasse und seine eigene Manövrierungsfreiheit beschränke. Es sei übrigens schwer, aus den letzten Erklärungen Sadats zu entnehmen, was davon lediglich für interarabischen Gebrauch bestimmt gewesen sei.

In bezug auf Syrien, sagten die politischen Kreise, sei Israel entschieden zu Friedensverhandlungen mit Damaskus bereit. Wegen der besonderen geographischen Bedingungen und anderen Umständen, scheinen jedoch Teilregelungen nicht realistisch zu sein. Dies entspreche übrigens auch der wiederholt erklärten syrischen Haltung.

Was Jordanien betreffe, habe nicht Israel das haschemitische Königreich aus dem Bilde entfernt. Andererseits sei Israel auch jetzt bereit, mit Jordanien, sollte es diesen Wunsch äussern, Friedensverhandlungen zu eröffnen, zumal auch ohne das Westufergebiet zwischen Israel und Jordanien eine lange Grenze verlaufe.

DEUTSCHE HILFE FÜR NAHOSTLÄNDER

Deutschland führt zur Zeit Verhandlungen über Finanzhilfe auf technischem Gebiet für den Iran, für Libyen und für die Scheichtümer am Persischen Golf.

Erdölproduzierende Länder müssen diese Finanzhilfe zurückzahlen, während Entwickwicklungsstaaten die Beihilfe nicht zurückerstatten müssen.

Zugleich führt Deutschland Verhandlungen mit Marokko über eine Finanzhilfe für die Landwirtschaft.

Schweiz erhoeht Rezessiv-Zins

Nachdem der amerikanische Dollar in der Schweiz bereits auf den Kurs von 2,495 Franken gefallen war wurde ein rezessiver Zins von 40% auf alle Devisen-Deposition verhängt. Es soll auf diese Weise ein weiterer Kursanstieg des Schweizerfranken gegenüber den anderen Währungen und vor allem gegenüber dem Dollar verhütet werden. Als Höchstkurs für den Dollar wurde 2,5 Franken festgelegt.

Nachdem diese Regelung in der Hauptsache nur für Devisen, die nach dem 31. Oktober vergangenen Jahres in der Schweiz deponiert wurden, gilt, ist nicht anzunehmen, dass israel. Staatsbürger spürbare finanzielle Einbussen erleiden.

ABKOMMEN UEBER KRIEGSVERBRECHER VOR RATIFIZIERUNG

Der Auswärtige Ausschuss des westdeutschen Bundestages hat den Entwurf des Kriegsverbrecher-Abkommens in unveränderter Form gebilligt. Um die Ratifizierung dieses Abkommens kämpft Beate Klarsfeld schon seit langem.

Dieser Entwurf kommt nun in Kürze vor das Plenum des Bundestages und wird dort sicher ohne Schwierigkeiten ratifiziert werden.

EUROPA-PARLAMENT FINANZIERT KANAL-TUNNEL

Das Europa-Parlament hat einen finanziellen Beitrag zum Bau des Tunnels zwischen Frankreich und Grossbritannien angeboten. Cornelius Berkhouwer, der Präsident des Parlaments, führte zur Begründung an, dass der Kanal-Tunnel zwei europäische Staaten enger verbinden wird und es daher ein Anliegen der ganzen europäischen Staatengemeinschaft sein muss, die Durchführung dieses Projekts zu ermöglichen.

Erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sowjets und Aegypten

Zwischen der Sowjetunion und Ägypten bestehen weiterhin sehr wesentliche Meinungsverschiedenheiten, die nur durch grundlegende politische Neuorientierung beigelegt werden können. Zu dieser Überzeugung gelangte der UPI-Korrespondent in London nach Diskussionen mit Politikern der Nahost-Staaten.

Solange es nicht zu solchen Aenderungen der Politik, sowohl in Kairo wie auch in Moskau, kommen wird, kann diese Kluft nicht überwunden werden. Auf der anderen Seite wäre es aber gefährlich, schon jetzt weittragende Schlussfolgerungen zu ziehen, weil die Sowjets sehr daran interessiert sind, ihren Einfluss in Ägypten wieder zu zu verstärken.

MOSKAU HOFFT WEITER AUF KISSINGER

Die Sowjets erwarten sich einen Fortschritt bei den Bemühungen um den Frieden im Nahen Osten weiterhin nur im Rahmen der Vermittlungstätigkeit von Prof. Kissinger. Dies weiss die „Baltimore Sun" aus Kairo zu berichten.

Nach diesem Korrespondentenbericht sehen die Sowjets zwar eine bindende Lösung nur im Rahmen von Verhandlungen in Genf, sind aber zugleich davon überzeugt, dass solchen Verhandlungen eine beiderseitige Uebereinkunft zwischen Aegypten und Israel vorausgehen muss. Die Aussichten für eine solche Übereinkunft betrachten die Sowjets derzeit durchaus mit Optimismus.

Bereits in Wladiwostok hatte Breschnew dem amerikanischen Präsidenten Ford versichert, dass die Sowjetunion zwar eine Wiederaufnahme der Genfer Gespräche fordert, aber dennoch eine Vermittlungstätigkeit Kissingers nicht stören werde.

Der amerikanische Botschafter in Kairo, Hermann Eilts, hatte bereits nach Washington berichtet, was die Aegypter unter „Beendigung des Kriegszustandes" verstehen: Zustimmung zu einer Verlängerung des Mandats der UN-Truppen im Sinai um mindestens ein weiteres Jahr — Verpflichtung zur Freihaltung der von Israel geräumten Gebiete von schweren Waffen — Zugeständnis der ungehinderten Durchfahrtserlaubnis für israelische Frachtschiffe im Suezkanal. Dies sollen jedoch die äussersten Zugeständnisse sein, zu denen Aegypten bereit ist.

„PRAWDA" BESCHULDIGT ISRAEL

Nach der Ansicht des sowjetischen Parteiorgans „Prawda" verlängert Israel bewusst die Feindseligkeiten im Nahen Osten, indem seine Politiker fortwährend neue Bedingungen stellen, die von den Arabern nicht angenommen werden können.

Dadurch, dass sich Israel zu Rückzüge auf der Sinai-Halbinsel bereiterklärt, werden weder die Ansprüche Syriens noch die der Palästinenser anerkannt. Solche Gebietsverzichte seien mit der Forderung auf Zugeständnisse von seiten Ägyptens und Jordaniens und auf weitere Waffenlieferungen aus den USA verbunden, erklärt die „Prawda".

SAUDIEN WILL F 15 - KAMPFFLUGZEUGE

Der saudische Generalstabschef wird gelegentlich seines jetzigen Besuches in Washington die Forderung auf den Erwerb modernster amerikanischer Kampfflugzeuge vom Typ „F-15" stellen.

Es wurde bekannt, dass der Leiter der militärpolitischen Abteilung im amerikanischen Aussenministerium und der Sekretär für internationale Sicherheitsanliegen im amerikanischen Verteidigungsministerium bereits im vergangenen Jahr bei ihrem Besuch in Riad eine solche Anfrage vorgetragen erhielten. Nunmehr will der saudische Generalstabschef dieses Anliegen erneut dem US-Verteidigungsminister James Schlesinger vorbringen. Im Augenblick ist jedoch noch nicht bekannt, wieviele Flugzeuge dieses Typs Saudien zu erwerben gedenkt und wieviele die USA zu liefern bereit sind.

Das Kampfflugzeug „F-15" gilt als eines der besten Flugzeuge der Welt. Die amerikanischen Luftstreitkräfte erhalten dieses aber erst jetzt geliefert. Auch Israel ist am Erwerb dieses Typs interessiert.

Mapam fordert volle Klarheit ueber Israels Friedensbedingungen

Mapam-Generalsekretär Meir Talmi ist davon überzeugt, dass die Konferenz von Genf bereits in wenigen Monaten wieder zusammentritt und Israel daran teilnehmen wird. Aus diesem Grunde müsse schon jetzt die Frage gestellt werden, wer nach Genf geht und was er dort anbietet.

Auch Mapam glaubt nicht, dass jetzt schon eine endgültige Friedensregelung erlangt werden kann, sondern nur eine einstweilige Regelung möglich ist. Aber auch diese Tatsache verpflichtet Israel, klare Zielstellungen anzugeben. Vor allem muss Klarheit darüber bestehen, wo die endgültige Friedensgrenze liegen soll und wie weit sich Israel im Rahmen einer Zwischenlösung zurückziehen kann.

Zu den Bemühungen um eine Rehabilitierung von Mosche Dayan bezugnehmend, erklärte Talmi, dass dieses Vorhaben kaum zu einer Besserung der politischen Situation führen wird. Es dürfe auf keinen Fall zu einer Störung des inneren Gleichgewichts des Maarach kommen.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist jedenfalls eine gewisse Verhandlungsbereitschaft von seiten Aegyptens festzustellen, die sich schon in der Wiederansiedlung von mehr als 60.000 Bewohnern am Suezkanal und im Aufbau von Schulen für nahezu 100.000 Kinder dieses Bezirks ausdrückt. Aber zugleich muss berücksichtigt werden, dass Sadat unter dem Druck der „Konfrontationsstaaten" und besonders der PLO steht.

Allon rechnet mit fortgesetzter Einwanderung aus der Sowjetunion

(HM) — Es sei zu erhoffen, dass die Kündigung des amerikanisch-sowjetischen Handelsabkommens den Strom jüdischer Einwanderer nicht schmälern werde, sagte gestern Aussenminister Allon in der Knesset. Die UdSSR, erklärte der Minister, könne nicht die Sehnsucht der sowjetischen Juden, in ihre altneue Heimat ziehen zu dürfen, ausser Acht lassen.

Aussenminister Allon erklärte, dass ihm während seines kürzlichen Besuches in Washington sowohl Präsident Ford, als auch Staatssekretär Dr. Kissinger versprochen hatten, der jüdischen Auswanderung aus der UdSSR, soweit dies von den USA abhänge, Vorschub zu leisten. Beide Staatsmänner brachten den Gefühlen der israelischen Bevölkerung ihren jüdischen Brüdern in der Sowjetunion gegenüber volles Verständnis entgegen.

Der Aussenminister, der sich zu vier verschiedenen Tagesordnungsanträgen zum Thema der letztens gefährdeten jüdischen Auswanderung aus der UdSSR nach Israel äusserte, erklärte, die Sorge der Antragsteller um das Schicksal der jüdischen Gemeinschaft in der Sowjetunion zu teilen. Allon betonte jedoch, dass die intensive Kampagne um die Alija der sowjetischen Juden „sämtlichen Handelsabkommen jeder Art" vorausgegangen war.

Auch der Beginn der massiven Alija der vergangenen Jahre ging den Erwägungen über das Handelsgesetz chronologisch voraus.

Allon gab seiner Zuversicht Ausdruck, dass alle moralischen und politischen Kräfte, die zu mobilisieren das jüdische Volk in aller Welt imstande sei, der Forderung um das Recht der Juden in ihre Heimat zurückzukehren Nachdruck verleihen werden.

Die vier Tagesordnungsanträge der Abgeordneten Abramow (Likud), Sha'ari (UL), Pail (Moked) und Avtavi (RNP) wurden mit Zustimmung der Initiatoren an den Knessetausschuss für Auswärtiges und Sicherheit verwiesen.

Der Rakach-Abgeordnete Willner regte an, die Anträge unmittelbar von der Tagesordnung zu streichen. Da Willner seinen Vorschlag überaus langwierig begründete und den wiederholten Aufforderungen des Knessetvorsitzenden, sich an seine Sprechzeit zu halten, nicht Folge leistete, wurde er vom Vorsitzenden Jeschajahu in scharfen Worten zu Recht gewiesen.

Amerikanischer Ausschuss setzt den Kampf um die freie Auswanderung fort

„Wir werden unseren Kampf um die freie Auswanderung der Juden aus der Sowjetunion niemals aufgeben", erklärte Stanley Lowell, der Präsident des Oeffentlichen Ausschusses für die Anliegen der sowjetischen Juden bei seiner Ankunft in Israel.

Die Delegation, die Lowell leitet, wird vier Tage lang in Israel bleiben und Beratungen mit dem Ministerpräsidenten und mit dem Vorsitzenden der Sochnut-Exekutive führen.

Nach der Aufkündigung des amerikanisch-sowjetischen Handelsabkommen sieht sich dieser Ausschuss verpflichtet, seine Bemühungen wesentlich zu verstärken. Delegationsleiter S. Lowell hofft jedoch, dass einer der Hauptgründe für die sowjetische Kündigung die Begrenzung des Handelskredits aus 300 Millionen Dollar anstelle der von den Sowjets erhofften Finanzhilfe in Höhe von einer Milliarde Dollar war. Dass die Amerikaner den Sowjets einen solchen Kredit nicht zubilligen konnten, liegt vor allem daran, dass die Weltbank noch keine entsprechende Beihilfe zugesichert hatte. Die Sowjets könnten daher zu der Einsicht gelangen, ihre Enttäuschung nicht nur an den auswanderungswilligen Juden auszulassen. Zudem besteht die Hoffnung, dass in Kürze nochmals Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über einen neuen Vertrag mit mehr Zugeständnissen gegenüber den Sowjets aufgenommen werden können.

Der Delegation gehören auch der Vizepräsident des Ausschusses, Rabbiner David Hill, der Vorsitzende des New-Yorker Auschusses, Hugeen Gold, und der Generaldirektor Gary Goodman an.

ISRAEL-HILFE IM US-BUDGET

Die Israel-Hilfe wird im amerikanischen Budgetvorschlag enthalten sein, den Präsident Ford zu Beginn des kommenden Monats dem Kongress vorlegt. Die zwei Milliarden Dollar, die Israel beantragt hat, sollen nicht von der Zustimmung zu weiteren israelischen Verzichten abhängig sein.

800 RUECKWANDERER IN BELGIEN

Nach einer Mitteilung des belgischen Aussenministers befinden sich derzeit etwa 800 Juden aus der UdSSR, die bereits nach Israel eingewandert waren, aber das Land wieder verlassen haben, in Belgien. Die meisten dieser Rückwanderer wollen sich zwar in ein anderes Land begeben, verweilen aber einstweilen noch in Belgien. Etwa 640 von diesen Juden erhalten soziale Unterstützunger durch belgische Behörden.

PLO-Gesuch beim IKRK noch nicht bestaetigt

Das israelische Aussenministerium hat von der schweizerischen Regierung oder dem IKRK keinerlei Fragebogen erhalten wie sich Israel einem Ansuchen der PLO gegenüber, den internationalen Genfer Konventionen für Kriegsführung beizutreten, zu verhalten gedenkt. — Dies erklärte gestern der Sprecher des Aussenministeriums unserem HM-Korrespondenten in Beantwortung einer Frage.

Der Sprecher fügte hinzu, die PLO habe vor einigen Jahren um Beitritt in den Rahmen der Genfer Konventionen angesucht und damals von der Schweiz als Treuhänder der Konventionen, eine abschlägige Antwort erhalten. Der Beitritt, wurde der PLO damals erklärt, sei lediglich für Staaten und deren Regierungen, nicht jedoch Organisationen möglich.

Auch die israelische Regierung dürfte sich auf diesen Standpunkt stellen, insofern die Frage wieder aufgerollt werden sollte.

Senator Charles Percy in Israel eingetroffen

(HM) — Zu einem zweitägigen Besuch in Israel traf gestern Senator Charles Percy (55), Republikaner aus Illinois, im Lande ein.

Dem Vernehmen nach ist Senator Percy ein in Frage kommender Kandidat der Republikaner für den Posten des US-Präsidenten.

Senator Percy hatte sich in Jordanien, bevor er nach Israel kam, zugunsten eines israelischen Rückzugs aus den besetzten Gebieten geäussert und diese Bemerkung war in Israel befremdend zur Kenntnis genommen worden. Als Senator Percy darauf befragt wurde, rechtfertigte er sich, indem er behauptete, nur diejenigen Gebiete gemeint zu haben, „die der Wiederherstellung des Friedens im Wege stehen".

Senator Percy war gestern mittag Tischgast des Ministerpräsidenten. Heute begibt er sich per Hubschrauber von Atarot-Jerusalem aus an die libanesische Grenze, und anschliessend nach Tel-Aviv, wo ihm für heute nachmittag im Hilton-Hotel eine Pressekonferenz anberaumt ist. Abends ist er Gast von Verteidigungsminister Peres.

Senator Percy, der vor seiner Ankunft in Israel zehn arabische Staaten besucht hatte, sagte, dass Allerwichtigste sei, einen neuen Nahostkrieg zu verhindern. Ein solcher Krieg würde sich für die ganze freie Welt und vornehmlich für die Völker des Nahen Ostens katastrophal auswirken.

Percy berichtete, er habe den arabischen Führern klargemacht, dass die USA Israel im Falle eines von Israel eröffneten Präventivkrieges nicht unterstützen würden. Gleichermassen sei Israel amerikanischer Unterstützung für den Fall sicher, dass die Araber die Angreifer sein werden.

Auf die Frage, welche Konzessionen Israel seiner Ansicht nach zu leisten habe, um den Frieden herzeizuführen, sagte der Senator, er halte territoriale Verzichte auf allen Fronten für unumgänglich. Doch all dies müsse im Rahmen der von Kissinger geprägten Politik der kleinen Schritte geschehen, wobei jede Konzession von einer Gegenkonzession begleitet zu sein habe. Man müsse übrigens auch die Rechte der Palästinenser berücksichtigen. Die Anerkennung Arafats als Vertreter der Palästinenser seitens der arabischen Welt, einschliesslich König Husseins, sei eine unabstreitbare Tatsache. Andererseits glaubt Percy persönlich, dass es unrealistisch sei, an einen selbständigen Palästinenser-Staat, ohne enge Bindung an Jordanien in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht zu denken.

DAS WETTER

Teilweise bewölkt, einzelne Regenfälle möglich.

Temperaturen: Jerusalem 6 bis Tel-Aviv 8—18, Haifa 11—17, Galil 5—11, Kinneret 6—18, Afula 3—19, Lod 5—19, Totes Meer 7—21, Beer Schewa 4—18, Ejlat 10—21 Grad

תל־אביב–יפו
TEL-AVIV - JAFO
P. P. — שולם
139

aus Israels PRESSE

DIE ERKLAERUNGEN SADATS

Die Ausführungen Sadats in seinem letzten Interview werden von den Tageszeitungen in ihren Leitartikeln scharf abgelehnt.

Jerusalem Post hält auf Grund des Interviews weitere Verhandlungen für überflüssig und warnt Israel, in eine Falle zu gehen. Aegypten ist nur daran interessiert. Gebiete zurückzubekommen und will dafür keine politischen Gegenleistungen bieten, vielmehr will Sadat später allesumfassende Forderungen vor die Konferenz von Genf bringen. An sich hat Aegypten auch genügend Gründe, einen neuen Krieg zu fürchten: wenn Sadat etwas erhalten will, so muss er einsehen. dass er auch etwas geben muss.

Al Hamischmar ist der Auffassung. dass Sadat klar gemacht werden muss. dass er nur mit Hilfe von Verhandlungen und nicht durch ein Diktat seine Ziele erreichen kann. Sadat muss festlegen, welchen Preis er für ein weiteres Abkommen mit Israel zahlen will. Ein solches Abkommen muss auf Kriegsverzicht beruhen. Sadat will anscheinend Israel wieder irreführen. in dem er sich darüber beklagt. dass Russland ihm nicht die notwendigen Waffen liefert.

Hazofe glaubt. das letzte Interview Sadats beweise. dass er in einem Abkommen mit Israel nicht einen Pakt für Einigung sehe. sondern nur ein Mittel. um weitere Gebiete frei zu bekommen. Wenn das die Auffassung Sadats ist. so begräbt er damit alle Möglichkeiten für eine Einigung. Sadat entzieht sich auch der Verpflichtung. den Transport israelischer Waren durch den Suezkanal zuzulassen. die er anlässlich des Entflechtungsabkommens übernommen hatte. Die Worte Sadats hinterlassen den Eindruck. dass er Israel auf die Linien von 1947 zurückdrängen will, die nach seiner Meinung allein die Basis für eine gerechte Regelung darstellen.

Omer sieht keine Möglichkeit. auf Grund der Auffassungen Sadats zu einer Einigung zu gelangen. Der ägyptische Präsident will zuerst Israel auf seine alten Grenzen zurückdrängen und hofft dann. den demokratisch-weltlichen Palästinastaat entstehen zu sehen. von dem Arafat träumt. Israel muss dem Präsidenten Aegyptens beweisen. dass es nicht in einer Lage ist. in der es keinen Ausweg gibt und dass es nicht sein Diktat annehmen muss.

DIE INNERE SITUATION DER RNP

Dawar befasst sich anlässlich der Dajanim-Debatte mit der verworrenen inneren Situation in der RNP. Der innere Kampf. den die Jungen gegen die alte Führung in der RNP betreiben. kann als Mittel zur Auflösung der historischen Koalition mit dem Arbeiterlager benutzt werden. um die Herrschaft im Staate der Rechten zu übergeben. Früher oder später wird eine Spaltung in der RNP unvermeidlich sein.

DIE WIRTSCHAFTLICHE HILFE

Haarez sieht mit grosser Besorgnis die Verzögerung der wirtschaftlichen Hilfe durch die USA. Anscheinend hängt diese Taktik mit dem Willen Washingtons zusammen. auf Israel Druck auszuüben. um weitere Verzichte von seiten Israels zu erreichen. Israel sollte den Vereinigten Staaten unzweideutig mitteilen. dass dies keine Methode ist, von Israel Verzichte zu erreichen. für die dann mit amerikanischer Wirtschaftshilfe „bezahlt" wird.

GEGEN DIE MEHRWERTSTEUER

Hamodia wendet sich gegen die geplante Einführung der Mehrwertsteuer und wirft der Regierung vor. dass sie die Massen mit neuen Steuern belasten will. statt nach Einsparungsmöglichkeiten im eigenen Apparat zu suchen.

GEGEN LEGALISIERUNG DER ABTREIBUNG

Schearim fordert eine grosse Aktion gegen das geplante Gesetz zur Legalisierung der Abtreibung. Dieser Entwurf muss verschwinden. weil er sich gegen lebenswichtige demographische Interessen unseres Volkes wendet.

BEGRENZTE ANZAHLUNG FUER WOHNUNGEN

Am 2. Februar wird die Bestimmung in Kraft treten, die alle Anzahlungen für den Erwerb von Wohnungen gegen Verluste absichert.

Wenn der Bauunternehmer keine Versicherung der Anzahlung gewährt, darf diese nur höchstens 15% des Kaufpreises betragen. Weitere Anzahlungen dürfen dann im Laufe der Bauarbeiten unter folgenden Bedingungen gefordert werden: 40% nach der Fertigstellung des ersten Stockwerks; 20% nach der *Fertigstellung des Rohbaus* der gekauften Wohnung: 15% zusätzlich nach Abschluss der Maurerarbeiten innerhalb der Wohnung und ebenfalls 15% zusätzlich nach Fertigstellung des Aussenverputzes; 10% zusätzlich nach Uebergabe der Wohnung entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen.

Galili verteidigt den Beschluss über Maale Adumim

Dem Komplex Maale Adumim war eine Sitzung der Maarach-Fraktion in der Knesset gewidmet, in der Minister Israel Galili das Projekt eingehend verteidigte. Der Minister hatte sich den Leiter der staatlichen Bodenbehörde Zorea *zur Hilfe mitgebracht*. ferner stützte er sich bei seinen Darlegungen auf genaue Daten aus Regierungssitzungen und auf vorbereitete Pläne.

Galili wies alle Vorwürfe in der Angelegenheit Maale Adumim entschieden zurück. Die Regierung habe seinerzeit das Projekt einstimmig verabschiedet. Nur zwei Minister hatten Verschiebung der Durchführung der Pläne um sechs Monate verlangt, hatten jedoch keinen grundsätzlichen Widerspruch gegen die Vorlage erhoben. Nach Meinung von Galili muss Maale Adumim *zum Staatsgebiet Israels* gehören: darüber bestehen keine Meinungsverschiedenheiten.

Die Besiedlungsaktionen wurden nicht improvisiert in Angriff genommen, sondern auf Grund genauer Pläne, die in dreijähriger Arbeit vorbereitet wurden. Der Leiter der Bodenbehörde Zorea hat nur die Beschlüsse der *Regierung durchgeführt und sich* an deren Wünsche gehalten. Gegen den Finanzdezernenten der Sochnut Dulzin sind wegen des Kredites für die Regierung keine Vorwürfe zu erheben. Er hat sich völlig korrekt verhalten. Schon des öfteren hat die Regierung sich von der Sochnut Kredite für Besiedlungsprojekte geben lassen. Im vorliegenden Falle hat man in Uebereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten Rabin gehandelt, und Dulzin kann nur dafür gelobt werden. dass er der Regierung mit einem Kredit von 1,5 Millionen IL zu Hilfe kommen wollte.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Maarach-Fraktion begnügten sich die Anwesenden mit dem Bericht. Eine Debatte soll erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

IM BRENNPUNKT

Mosche Dayan wieder Diskussionsobjekt

„Let them try" — *lasst sie* nur versuchen! — sagte Mosche Dayan Ende Mai 1967, als er, auf den Wunsch des ganzen Volkes hin, zum Verteidigungsminister ernannt wurde. Die Pressekonferenz. bei der er sprach. beruhigte alle, die im Raume waren — die israelischen *Berichterstatter ebenso wie die* ausländischen Korrespondenten. Wieder einmal hatte Mosche Dayan bewiesen. dass er mehr ist als nur eine Person, er blieb ein Begriff.

Diese Zeit ist längst vorüber. Und es scheint. dass nunmehr, in den Berichten. die inzwischen über den Jom Kippur-Krieg herausgegeben worden sind, der Name des ehemaligen Verteidigungsministers mit einer nicht geringen Zahl von Vorwürfen belastet worden ist. Trauernde Eltern, die ihre Soehne im letzten Krieg verloren haben. lasten diesen Verlust dem Minister an. der für die Landesverteidigung verantwortlich gewesen war. Grosse Kreise im Lande, und dazu gehören auch Untersuchungsausschüsse, die sich mit solchen Fragen beschäftigen. schieben ihm ein gewaltiges Mass an Schuld zu. Das ist sehr einfach. das ist sehr einleuchtend, das ist sehr populär. Ob die Agranat-Kommission nicht weit eher hätte versuchen sollen. den allgemeinen israelischen Geisteszustand für die Situation bei Kriegsausbruch am 6. Oktober 1973 verantwortlich *zu machen*, *ist eine Frage. die* sich jeder einzelne israelische Bürger stellen muss. Natürlich ist es einfacher. den Schuldigen zu suchen und zu finden. eine einzige Persönlichkeit auszugraben und dann auf sie alles abzuwälzen. was populär erscheint. Wenn die Agranat-Kommission *mehr nicht fertigbekommen* hat, kann niemand behaupten, sie habe ihre Aufgabe mit dem dazu notwendigen Ernst erfüllt.

Heute versucht man, den augenblicklichen Ministerpräsidenten Jizchak Rabin, dazu zu bringen, sich Mosche Dayan *gegenüber mehr als zurückhaltend* zu verhalten. alles zu tun, um zu verhindern. dass Dayan ins politische Leben. an die Verantwortung für den Staat. zurückkehrt. Völlig vergessen wurde in diesem Zusammenhang. dass es niemand anderer gewesen ist. der die offenen Brücken *über den Jordan aufrechterhielt*, diese Massnahme durchsetzte und zu einem Tatbestand im Alltag machte. Niemand sagt zur Zeit, dass nur und ausschliesslich Mosche Dayan alles getan hat. um die Bindungen der Araber, die innerhalb der israelischen Administration leben, zu Israel und allem, was es bedeutet, zu fördern. Man spricht nur von den Mängeln, von den Fehlern. Niemand spricht von den Erfolgen.

Denn Mosche Dayan, wie immer man politisch zu ihm stehen mag, hat gewaltige Erfolge auf dem Wege zu einer *Verständigung mit den Arabern* aufzuzeigen. Wer sonst kann eigentlich ähnliches von sich sagen? All jene, die heute so gross tun, die heute versuchen, sich in den Vordergrund zu schieben, taten nichts, aber auch garnichts. um ähnliche Errungenschaften zu erreichen.

Sollte man nicht endlich verstehen, echte Gerechtigkeit zu erstreben? Sollten wir nicht alles tun, um wenigstens so fair zu sein, den Persönlichkeiten der Vergangenheit zuzugestehen, was sie wirklich getan haben? Ist es nicht unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass die gewaltigen Verdienste, welche diese Menschen für den Staat Israel hatten und haben, unvergessen bleiben? Schuld zu etablieren ist sehr *populär. Aber damit haben wir* garnichts getan. Es ist höchlichst an der Zeit, all jene Persönlichkeiten. die dem Staate nützen. wieder an die Spitze zu stellen!

M. BIEL

Kurz notiert

Mehrere mobile Wochenmärkte *sollen* in den verschiedenen Stadtvierteln von Cholon eingerichtet werden und sollen der Bevölkerung zwei Tage in der Woche zur Verfügung stehen. Die Anlagen für die Wochenmärkte werden von einer britischen Firma geliefert, die auch die weitere Verwaltung der Märkte übernehmen soll. Der Bürgermeister von Cholon hofft, dass die Einwohner der Stadt an Ort und Stelle kaufen können und nicht mehr zu den Märkten von Tel-Aviv fahren müssen.

Die Tel-Aviver Stadtverwaltung will die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer um 300.000 IL herabsetzen. um auf diese Weise den Kinos entgegenzukommen. deren Besucherzahl rückläufig ist. Durch die verringerte *Vergnügungssteuer* sollen auch sonst Veranstalter angelockt werden, in Tel-Aviv künstlerisch wertvolle Darbietungen zu organisieren.

In Netania fand ein Bazar statt, bei dem Handarbeiten gezeigt wurden, die von älteren Einwohnern von Einwandererheimen angefertigt wurden. Der Bazar wurde vom Bürgermeister Bar-Menachem und einem Vertreter des Einordnungsministeriums eröffnet.

Die Einwohner des Ortes Nachlat *Jehuda* verlangen, dass diese alte Siedlung mit Rischon Lezion vereinigt wird. Als erstes sollte nach ihrer Meinung Nachlat Jehuda ans Schulnetz von Rischon Lezion angeschlossen werden.

Im Gefängnis in Beer Schewa findet für die Insassen ein Kurs in Staatsbürgerkunde statt. Die Teilnehmer hören Vorträge über Politik, Gesetzgebung, Kriminalität und Gefahr von Rauschgiften. Die Absolventen eines Kurses erhalten Abschlusszeugnisse.

60 drusische Kaufleute haben sich in Daliat al Karmel, der Ortsgruppe des Allgemeinen Kaufmannsverbandes angeschlossen. Der Verband verfügt heute über 12 Zweigstellen in arabischen und drusischen Orten.

Innere Verbindungsstrassen wurden in vier Drusendörfern im Norden gebaut. Für die Strassen wandten die Regierung und die Orte 600.000 IL auf.

„GUSCH EMUNIM" PLANT NEUE GROSSAKTION

Die „Gusch Emunim"-Bewegung will in der kommenden *Woche über eine neue* Siedlungsaktion beraten. die „umfangreicher und aufsehenerregender als alle früheren Aktionen" sein soll.

An diesen Beratungen sollen teilnehmen: die Mitglieder des Sekretariats, die Vertreter der Siedlungswilligen. die Vertreter *von Siedlungen im ganzen Lande*. die Vertreter von Siedlungs-Körperschaften, die Bezirks-Funktionäre der Siedlungsbewegung. Persönlichkeiten der Wissenschaft und der Oeffentlichkeit.

Die Leitung der „Gusch Emunim" - Bewegung dementierte *alle Meldungen*, die über *einen* Anschluss an eine „gewisse politische Gruppe" (offenbar an die Oppositionsgruppe der jungen RNP-Mitglieder) berichteten. Es wird betont, dass „Gusch Emunim" keine politische Partei sein will, sondern „weiterhin als überparteiliche Bewegung, *die eine Besiedlung des ganzen* Landes Israel beabsichtigt", arbeiten will.

LEBHAFTER VERKEHR UEBER DIE JORDANBRUECKEN

Im Laufe des Jahres 1974 haben mehr als 810.000 Personen über die Jordanbrücken das israelische Staatsgebiet betreten oder verlassen.

Es handelte sich hierbei um 280.000 Bewohner der von Israel verwalteten Gebiete, die in ein arabisches Land übersiedelten; zugleich kamen 225.000 Bewohner arabischer Staaten, um sich ständig in den von Israel verwalteten Gebieten niederzulassen. Aus Israel reisten 141.000 Personen über die Jordanbrükken zu Besuchen in arabische Staaten, während 138.000 Besucher aus arabischen Staaten in die von Israel verwalteten Gebiete einreisten. Ausserdem kamen 17.000 Touristen über die Jordanbrücken nach Israel, während 9.000 Touristen auf diesem Wege zurückreisten.

Polizei sucht weiter nach dem Moerder von Rachel Heller

Heute endet der 30tägige Haftbefehl für Joram Bichonski. Wenn die Polizei eine Verlängerung der Untersuchungshaft beantragen will, muss sie jedoch ein Gutachten des Rechtsberaters der Regierung beibringen.

Allem Anschein nach ist die Polizei nicht mehr davon überzeugt, das der 21jährige Joram Bichonski der Mörder der Soldatin Rachel Heller war. Sie verlässt sich hierbei offenbar auf die Aussagen von Masal Misrachi, die alles, was sie wusste, aussagte, sich allerdings in ihren Angaben über die letzten Tage vor dem Mord zurückhielt. Auch im Tagebuch von Joram Bichonski fehlen die Aufzeichnungen über diese Periode. Diese Einzelheiten sollen nun durch Ermittlungen bei anderen Freunden von Rachel Heller und Joram Bichonski im Bezirk Tel Aviv erlangt werden.

Masal Misrachi erhielt inzwischen von ihrer Militäreinheit die Anweisung, daheim abzuwarten, welcher Einheit sie künftig angehören soll; eine *Rückkehr zu ihrer bisherigen* Einheit soll nicht in Betracht kommen. Einem Pressekorrespondenten gegenüber hatte sie erklärt, dass sie Joram Bichonski nicht für den Mörder von Rachel Heller halte und der Polizei alle Angaben übermittelt hatte, die auf die Spur nach dem wirklichen Mörder führen können.

WIEDER SYMPATHIEN FUER HUSSEIN

Die Bewohner des Westufergebiets sind offenbar von der PLO enttäuscht und setzen ihre Hoffnungen wieder auf Jordanien.

Als sich nach der Gipfelkonferenz von Rabat anzudeuten schien, dass die PLO die Anliegen aller Palästinenser tatkräftig verfechten werde, hatten sich die Westuferbewohner in Demonstrationen mit den Terroristen identifiziert. Jetzt herrscht wieder Ruhe in den Städten von Judäa und Samaria. Die PLO hat enttäuscht und immer mehr ringt sich die Ueberzeugung durch. dass nur der jordanische König Hussein die Anliegen der Westuferbewohner vertreten kann.

Die jordanische Regierung hält sich einstweilen noch an die Beschlüsse von Rabat gebunden und legt sich Zurückhaltung auf. Zugleich bereitet sie aber den Boden für den Tag vor, da sie die Uebertragung des vollen Repräsentationsrechts erwartet. Die Gehaltszahlungen an die früheren jordanischen Beamten und die Beihilfen für die Ortsausschüsse werden aber weiterhin aus Jordanien überwiesen.

Viele Anzeichen deuten tatsächlich darauf hin, dass Saudien und Aegypten beabsichtigen, Jassir Arafat zu überreden, die Verhandlungen über die Zukunft des Westufergebiets dem jordanischen König Hussein zu überlassen, vor allem deshalb, weil Israel nicht mit der PLO verhandeln will.

Musik RUNDSCHAU

Mozart-Zyklus mit Daniel Barenboim

Zur Identifizierung der Werke Mozarts bedient man sich der Nummern in Köchels chronologisch-thematischem Verzeichnis. Tonartangabe genügt nicht, weil Mozart beispielsweise allein in B-, C-, Es- und F-Dur je vier Klavierkonzerte geschrieben hat. Parallel zur Köchelangabe *bedient man sich auch der durch* die Gesamtausgabe von Breitkopf & Härtel eingeführten fortlaufenden 28 Nummern, die an letzter Stelle ein Konzertrondo mitzählen. Die ersten vier Konzerte sind in Wirklichkeit Konzertbearbeitungen des 11 jährigen Mozart von fremden Sonatensätzen (drei weitere des 15jährigen nach Johann Christian Bach sind nicht aufgenommen). Lässt man die ersten vier „fremden" Konzerte, ferner je eins für zwei und drei Klaviere, sowie das Konzertrondo fort, also insgesamt sieben, bleiben 21 originale Mozartkonzerte für Klavier, die in einer Konzertreihe der Philharmonie mit Daniel Barenboim als Solisten, der vom Instrument aus auch dirigiert, dargebracht wird. An jedem der sieben Abende dieser Konzertreihe werden drei Konzerte gespielt. unter denen sich meistens ein frühes und ein berühmtes spätes befinden.

So bestand das Programm des Eröffnungsabends aus dem ersten originalen Konzert (No. 5, Köchel 175, D-Dur) und zwe[i] besonders berühmten, dem i[n] A-Dur (K. 488) und dem i[n] c-Moll (K.491).

Die Konzertreihe setzte gleic[h] nach dem Auftreten von Rostro[po]povich ein, zuvor war noc[h] der „Messias" — kurz, das Pu[-]blikum (und seine Tasche) wa[-]ren sehr in Anspruch genom[-]men. Kein Wunder dass bei[m] ersten Konzert der Mozartreih[e] mit D. Barenboim, der ja imme[r] wieder heimkommt und auftri[tt,] der Saal nicht so voll wa[r] wie man erwartet hätte. Offen[-]bar aus diesem Grunde löscht[e] man während des Konzerts da[s] Licht im Zuschauerraum au[s] (was schon deshalb nicht angeh[t,] weil viele Zuhörer der Musi[k] an Hand der Kommentare i[m] Programmheft folgen wollen) und das drückte erst recht di[e] Stimmung. Dass sie dann den[-] noch stieg, ist nur der hohe[n] Interpretationskunst Daniel Ba[-]renboims und seiner technische[n] Beherrschung des Instruments z[u] verdanken. Dass trotz seiner kla[-]ren Zeichengebung da und dor[t] im Orchester Ungenauigkeite[n] passierten, ist wohl auf di[e] Ueberforderung der Philharmo[-]nie zurückzuführen. Barenboi[m] war ganz in seinem Elemen[t,] denn mit Mozarts Musik steh[t] er ja ganz auf du und du[,] und ihn Mozart spielen zu hö[-]ren, ist immer ein Erlebnis.

Yehuda Cohen



Makkabi Tel-Aviv spielt zweimal daheim

(acl) — Die israelischen Basketballfreunde haben Grund zur Freude: Meister Makkabi Tel-Aviv wird ein zusätzliches Heimspiel im Rahmen der Viertelfinals des Europacups der Basketballmeister in Jad Elijahu austragen. Makkabi wird zweimal daheim gegen den schwedischen Meister Elvik Stockholm antreten, nachdem sich diese Mannschaft nach Verhandlungen mit einer israelischen Delegation hierzu bereit erklärt hat. Zuvor hatten die Schweden angekündigt. dass sie sich möglicherweise wie der sowjetische Meister CSKA Moskau aus dem Europ[a]pokal-Wettbewerb zurückziehe[n,] da die finanzielle Belastung z[u] gross sei. Die Schweden hatte[n] dabei besonders auf die teure Re[i]se nach Israel hingewiesen. I[n]zwischen konnte aber eine Ab[-]machung zwischen den beide[n] Mannschaften erzielt werden, di[e] die Schweden von ihren Finanz[-]nöten befreit.

ZWEI NIEDERLAGEN [F]ÜR ISRAELS HANDBALLE[R] GEGEN DEUTSCHLAND

Die israelische Handballnatio[-]nalmannschaft bezog auf ihre Europareise bisher in zwei Spie[-]len zwei Niederlagen. Beide Ma[-]le war die sich im Neuaufba[u] befindliche deutsche National[-]mannschaft der Gegner und bei[-]*de Male siegten die deutsche[n]* Favoriten klar. Im ersten Spie[l] begnügten sie sich mit einem 17:12, während im zweiten Spie[l] in Oberwesel die Israelis mit 23:13 Toren das Nachsehen hatten.



Justizminister wünscht volle Knessetbänke

Von DAWACH

Es ist nun einmal eine Tatsache in Israel: Die Beratungen in der Knesset finden oft genug vor den spärlich besetzten Bänken der Abgeordneten statt, viele entscheidende Beschlüsse werden nicht mit den Stimmen einer echten Mehrheit gefällt, und wenn die Abgeordneten der Oppositionsparteien vollzähliger zur Abstimmung erscheinen als die Abgeordneten der Koalitionsparteien, können sie leicht über die Stimmenmehrheit verfügen.

Ein Sechstel der Knessetabgeordneten hat eine „Hauptbeschäftigung", die sie von der Wahrnehmung der parlamentarischen Verpflichtung entschul-



digt — die Minister. Justizminister Chaim Zadok schlägt daher, zunächst im internen Rahmen seiner Fraktion, der Arbeitspartei, vor: Alle Minister sollen ihr Knessetmandat niederlegen. Der nachfolgende Kandidat auf der Wahlliste zieht an ihrer Stelle in die Knesset ein, muss aber seinen Platz wieder zur Verfügung stellen, wenn der Minister aus irgendeinem Grunde aus der Regierung ausscheidet.

Es handelt sich hierbei um eine Methode, die auch in Norwegen gehandhabt wird. Sie hat den Vorteil, dass sich mehr Knessetabgeordnete ihrer parlamentarischen Aufgabe ganz widmen und zu allen Sitzungen erscheinen können. Der Nachteil, der zugleich in Kauf genommen werden muss, liegt darin, dass den Ministern dann der ständige Kontakt mit der parlamentarischen Institution und auch jene Rückendeckung für all ihre Entscheidungen, die sie unbedingt benötigen, fehlen würde.

Diesem Vorschlag dürften sich fast alle Parteien anschliessen, denn diese Methode ermöglicht ihnen mehr politische Funktionen zu erlangen. Besonders für die kleineren Parteien, denen verhältnismässig viele Ministerposten zugestanden wurden, werden hiervon profitieren. Rechtlich gesehen würde eine solche Neuregelung jedoch eine Aenderung der Grundregeln des israelischen Parlaments erfordern. Bis jetzt gilt die Bestimmung, dass der Staatspräsident „einen der Knessetabgeordneten" mit der Bildung der Regierung beauftragt. Er hätte also Jizchak Rabin nicht beauftragen können, denn dieser war zuvor Arbeitsminister und hätte nach dem neuen Vorschlag des Justizministers damals nicht der Knesset angehört.

NEUE SAETZE FUER DIE ERBSCHAFTSSTEUER

Das Finanzministerium arbeitet jetzt neue Normen für die Einhebung der Erbschaftssteuer aus, die auf die fortwährende Geldentwertung Rücksicht nimmt und spürbare Erleichterungen bringen wird.

Zunächst ist an höhere Freibeträge gedacht: Für den hinterbliebenen Ehepartner 100.000 IL (statt 25.000 IL); für Kinder (bis zum Alter von 22 Jahren) 60.000 IL (statt 15.000 IL); für Erwachsene 40.000 IL (statt 10.000 IL); dazu eine Sonderregelung für Invaliden: 15.000 IL bei einer Erwerbsunfähigkeit von 50% und je 1.000 IL mehr für jedes weitere Prozent der anerkannten Erwerbsunfähigkeit.

Auch die Steuersätze sollen neu abgestuft werden. Bis jetzt beginnt die Steuerzahlung mit 5% bei einer Erbschaft im Werte von 35.000 IL und erricht 60% bei einer Erbschaftssumme von einer Million IL. Auch künftig soll der Steuersatz von 5% für eine Summe von 35.000 IL gelten, steigt aber dann langsamer an und erreicht bei einer Erbschaft im Werte von einer Million IL erst 40%. Der Satz von 60% soll erst bei einer Summe von 3,25 Millionen IL gelten und durch den neuen Höchstsatz von 70% ergänzt werden, der aber erst bei einer Erbschaft im Wert von 9 Millionen IL gilt.

Eine weitere Neuregelung gilt für die Bewertung der vererbten Wohnung. Bisher wurde ein Freibetrag von 50.000 IL bei einem Wohnungswert bis zu 150.000 IL gewährt. Jetzt, nachdem die Wohnungspreise erheblich gestiegen sind, soll ein Freibetrag von 75.000 IL bei einem Wohnungswert b. z. 150.000 IL werden. Jetzt, nachdem die Wohnungspreise erheblich gestiegen sind, soll ein Freibetrag von 75.000 IL bei einem Wohnungswert bis zu 450.000 IL gelten. Als wesentliche Neuregelung gilt jedoch der Grundsatz, dass die Wohnung gemeinsames Eigentum beider Ehepartner war, der Erbanteil also nur mit der Hälfte des Wohnungswertes berechnet wird. Auch soll die Bestimmung wegfallen, dass der Erbe diesen Freibetrag nur dann erhält, wenn er weiterhin in dieser Wohnung bleiben will; es soll ihm also künftig ein Verkauf der Wohnung zugestanden werden, ohne dass er den Anspruch auf den Freibetrag verliert.

TEILHABER HAT ANTEIL AM GRUNDBESITZ

Ueber die Rechte an einem gemeinschaftlich genutzten Grundstücksbesitz musste das Oberste Gericht entscheiden. Es handelte sich um eine Teilhaberschaft, die einen Weiterverkauf von Teilen des Gesamtgrundstücks ausschliessen sollte.

Nach der Auffassung von Richter Chaim Cohen stellt eine solche Teilhaberschaft eine echte Besitzform dar; sie dient der Verhütung eines teilweisen Verkaufs, beschränkt die Verfügung eines Teilhabers über das Grundstück aber nur für die Dauer von fünf Jahren. Die Mehrheit des Gerichts gelangte aber zu der Ueberzeugung, dass der Käufer eines solchen Grundstücksteiles nicht mehr den Begrenzungen des Teilhabervertrags unterliegt.

VORDATIERTE SCHECKS VERFALLEN NICHT

Ein vordatierter Scheck wird nach einer anderen Entscheidung des Obersten Gerichts nur dann zur Einlösung am angegebenen Datum fällig, wenn dies ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde. In jedem anderen Falle muss die Bank den Scheck dann einlösen, wenn er ihr vorgelegt wird. Die Verjährungsfrist beginnt jedoch erst von dem Tage an, der auf dem Scheck als Einlösetag angegeben ist.

Bereits am Tage der Ausfertigung und nicht erst an dem vom Ausfertiger vorgesehenen Einlösetag muss aber der Scheck gedeckt sein. Ist dies nicht der Fall, kann sich der Ausfertiger eines vordatierten Schecks strafbar machen.

KEINE ANLEIHE FUER FREMDES EIGENTUM

Selbstverständlich kann eine Anleihe nur auf einen Gegenstand aufgenommen werden, der sich wirklich im Besitz des Kreditnehmers befindet. Ein Landwirt, der sich einen Traktor ausgeliehen hatte, ging von der irrigen Annahme aus, dass sich aus der langfristigen Ueberlassung des Fahrzeugs bereits ein Eigentumsrecht ergeben hat. Er konnte sich nicht mit Recht darauf berufen, dass die Erlaubnis, eine Anleihe auf diesen Traktor aufzunehmen, nicht ausdrücklich ausgeschlossen worden war.

EINSPRUCH FÜHRTE ZUR STRAFANZEIGE

Vier Neueinwanderer, die Mutter, deren Sohn und dessen Ebefrau sowie der Enkel, hatten sich als eine Familie registrieren lassen und eine dementsprechende Wohnung zugewiesen erhalten. Später entschied sich jedoch die Mutter, bei ihrer Tochter zu wohnen, beantragte einen eigenen Olim-Ausweis und forderte auch eine erneute Beihilfe für den Erwerb einer Wohnung. Das Eingliederungsministerium lehnte diesen Antrag mit der Begründung ab, dass alle Rechte bereits gewährt wurden.

Hierauf folgte ein Einspruch bei der Berufungsinstanz der Sochnut und schliesslich beim Obersten Gericht. Die Folge war nicht nur die Abweisung des Einspruchs und die Verurteilung der Gerichtskosten, sondern auch eine Strafanzeige: Die Klägerin hatte nämlich unrichtige Angaben gemacht und verschwiegen, dass sie auch eine Pension und eine Altersrente bezieht.

FAMILIENVATER ALS HEIRATSSCHWINDLER

Ein verheirateter Mann, Vater von vier Kindern, betätigte sich als Heiratsschwindler. Mit der Behauptung, dass er geschieden und Vater nur eines Kindes sei, suchte er einem jungen Mädchen Geld herauszulocken. Der Betrugsprozess begann vor dem Amtsgericht in Haifa.

Europas Rechtsradikale marschieren wieder

In Frankreich hat Ende Dezember ein Treffen Rechtsradikaler aus mehreren europäischen Ländern stattgefunden, nach dessen Abschluss schriftliche Unterlagen über die Umtriebe dieser Gruppierung den italienischen Behörden in die Hände fielen. Der Turiner Staatsanwalt Luciano Vilante teilte mit, diese Papiere bezögen sich auf eine internationale rechtsgerichtete Bewegung, die sich „Neue europäische Ordnung" nenne. Ihr Ziel seien gemeinsame Bemühungen um eine Bewegung nach rechts in mehreren europäischen Staaten.

An dem Treffen am 28. und 29. Dezember in Lyon haben nach diesen Angaben rund 30 Personen teilgenommen, darunter vier Italiener. Diese Italiener seien bei der Rückreise von Beamten einer italienischen Anti-Terroristen-Brigade an der Grenze kontrolliert worden, wobei die Unterlagen entdeckt worden seien. An dem Treffen hätten auch Rechtsradikale aus der Bundesrepublik, Schweden, Dänemark, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, der Schweiz und Spanien sowie aus Jugoslawien und der Tschechoslowakei teilgenommen.

Ein französischer Teilnehmer, der ungenannt bleiben wollte, bestätigte in Lyon das Treffen von Ende Dezember. Er betonte jedoch, die Zusammenkunft sei „im wesentlichen kultureller Natur" gewesen und habe sich mit der Verteidigung „jener abendländischen Werte befasst, die uns noch verblieben sind". Die Teilnehmer hätten ferner den Rauschgiftschmuggel, die Prostitution und die „Amerikanisierung und Sowjetisierung Europas" erörtert. In einer Resolution seien die „Befreiung Palästinas" und die „Befreiung von Rudolf Hess" aus dem Kriegsverbrechergefängnis von Berlin-Spandau gefordert worden. Die Bewegung sei jedoch gegen Gewaltanwendung bei der Verfolgung ihrer Ziele.

ATHEN WEIST NEOFASCHISTEN AUS

Zwei in Athen lebende, in ihrer Heimat polizeilich gesuchte italienische Neofaschisten sind zum Verlassen Griechenlands aufgefordert worden, gab der Minister für öffentliche Ordnung, Solon Ghikas, in Athen bekannt. Ob die beiden nach Italien abgeschoben werden, ging aus der Mitteilung nicht hervor. Der 33jährige Elio Massagrande ist in Italien wegen verbotenen Waffen- und Sprengstoffbesitzes in Abwesenheit zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der 34jährige Claudio Bizarri wird beschuldigt, Angehöriger der verbotenen neofaschistischen Gruppe „Ordine Nuovo" zu sein.

Nach Informationen der griechischen Presse hatten sich die beiden Italiener während der Diktatur in Griechenland niedergelassen. In den letzten Wochen waren in Griechenland Flugblätter und Parolen an Hauswänden mit dem Zeichen der Neofaschisten aufgetaucht. Erst in der Nacht zum Montag explodierte ein Sprengkörper in Saloniki vor einem Cafe, wo linke Studenten verkehren; vor dem Eingang wurden Flugblätter der „Ordine Nuovo" gefunden.

In Italien hatte der jüngste Anschlag von Rechtsextremen am Montag in Mailand die Stadt vorübergehend lahmgelegt. Dieser Anschlg gilt als ein weiterer in der Serie, die von den Neofaschisten angekündigt worden war, falls nicht alle Rechtsextremisten aus den Gefängnissen entlassen werden.

Der Bürgermeister von Ramat Gan, Dr. Israel Peled, hat sich an Innenminister Dr. Burg und an den Vorsitzenden der Zentrale der Ortsgemeinden, Bürgermeister Eilon, gewandt und darauf aufmerksam gemacht, dass nach seiner Meinung neue Wege zur Deckung der Defizite der Städte und Ortsgemeinden gesucht werden müssen. Die Heraufsetzung der allgemeinen Ortssteuer (Arnona) ist nach Auffassung von Dr. Peled nicht ausreichend. Er sagt voraus, dass viele Bürger mit Anträgen auf Ermässigung oder auf Erlass der Steuer erscheinen werden und dass das Ergebnis der neuen Massnahmen finanziell geringfügig sein wird.

Ein neues Viertel mit 2.000 Wohnungen soll östlich von Petach Tikwa in der Nähe von Amischaw gebaut worden.

50 Wohnungen in Ofakim im Negew, die für Neueinwanderer bestimmt waren, stehen leer. Sie sollen deshalb an junge Ehepaare übergeben werden.

Jüdisches LEBEN in unserer ZEIT

Sechste Plenartagung des Juedischen Weltkongresses

Konflikt um Dr. Goldmann

Von OBSERVER

Am 3. Februar wird in Jerusalem die sechste Plenartagung des Jüdischen Weltkongresses zusammentreten und wird eine Woche lang ihre Beratungen abhalten. Schon die Einberufung dieser Plenartagung war von „schwerem Gewitter" begleitet. Ursprünglich hätte sie im Haag stattfinden sollen, aber die holländische Regierung hatte der Leitung des Weltkongresses einen Wink gegeben, dass Abhaltung einer solchen Konferenz heute in Holland nicht zweckmässig sei. Dr. Goldmann wollte daraufhin den Weltkongress in Miami versammeln, aber die Exekutive der Zionistischen Organisation wandte sich entschieden gegen diesen Plan und forderte, dass die Plenartagung in Jerusalem zusammentreten müsste. Schliesslich gab Dr. Goldmann nach, und der Kongress wird seine Beratungen in Jerusalem abhalten.

Trotz vieler Tagungsordnungspunkte wird das Problem der weiteren Amtsführung Dr. Goldmanns im Vordergrunde stehen.

Die israelischen Delegierten mit Golda Meir an der Spitze sind entschlossen, an seinem Auftreten und an seiner „Einmischung" in aussenpolitische Belange Israels scharfe Kritik zu üben. Von verschiedenen Seiten wird gefordert, dass Dr. Goldmann abtreten und durch Golda Meir oder Eban ersetzt werden soll. Beide haben erklären lassen, dass sie nicht kandidieren wollen, aber die Frage der Ablösung Dr. Goldmanns wird weiter auf der Tagesordnung stehen. In Kreisen der Arbeitspartei will man ihm trotz allem sein Amt belassen, weil die Führer der Arbeitspartei den Präsidentenposten nicht gern einem Israeli übergeben wollen.

Im Rahmen des Weltkongresses wird u. a. eine Debatte über die Haltung der UNESCO stattfinden, ferner ist ein Symposion über das Problem „Jerusalem und das jüdische Volk" vorgesehen, das Mozae Schabbat, 8. Februar, im Jerusalemer Theater stattfinden wird. An der feierlichen Eröffnungssitzung des Kongresse (zu dem heute Verbände aus 65 Ländern gehören) werden Staatspräsident Prof. Katzir und viele andere Persönlichkeiten teilnehmen. Die Eröffnungsrede wird Dr. Nachum Goldmann halten.

Jenseits aller politischen Auseinandersetzungen besteht das eigentliche Problem des Weltkongresses in der völligen Überalterung der leitendenden Körperschaften. Während im United Jewish Appeal und der Zionistischen Organisation jüngere Kräfte herangezogen wurden, wird der Weltkongress noch völlig von der „alten Garde" beherrscht. Der Alterdurchschnitt bei seinen Tagungen ist weit höher als bei anderen jüdischen Konferenzen. Der Kongress wird nur populärer werden und mehr Durchschlagskraft gewinnen, wenn er eine weitreichende Verjüngung seiner führenden Körperschaften vornimmt.

ALTERSHEIMSKANDAL GREIFT UM SICH

Der Skandal um die Führung von Altersheimen in New York beschränkt sich nicht nur auf die von Rabbi Bergmann geleiteten Heime, über dessen Affäre wir bereits berichtet haben.

Eine amtliche Untersuchung beschäftigt sich mit dem Verdacht von unrechtmässiger Inanspruchnahme von Medicaid-Zuwendungen d. h. praktisch von staatlichen Krankenzuschüssen für Alte. So soll festgestellt worden sein, dass bei vier Heimen (im Besitz von Eugene Hollander) erhebliche Stiftungen für private wohltätige Zwecke unter der Rubrik der von „Medicare" einkassierbaren Spesen gebucht wurden.

Ein Betrag von 12.000 Dollar soll an die unter Leitung von Rabbi Bernard Twersky stehende Public Relations-Firma Twersky Associated abgeführt worden sein. Dieses Geld verlangte das Heim als „Anwaltskosten" von der Behörde zurück, obwohl Twersky kein Anwalt sondern nur Werbefachmann ist. Twersky gehört der Leitung eines rabbinischen Rates und ebenso wie Bergmann dem Misrachi an. Twersky erklärte auf Fragen der „New York Times", er habe von dem Heim 12.000 Dollar für „professionelle Dienstleistungen" erhalten, über deren Charakter er sich nicht näher äussern wollte. Noch weitere Vorwürfe, die an strafbare Handlungen grenzen, wurden gegen die Finanzgebarung von anderen jüdischen Altersheimen erhoben. Die jüdisch orthodoxen Organisationen in New York haben über den ganzen Komplex interne Beratungen abgehalten, haben sich aber nicht zu einer Stellungnahme entschliessen können. Dagegen haben liberale und weltliche Verbände im jüdischen Lager eine Gesamtuntersuchung gefordert.

2,5 MILLIARDEN IL — UND DOCH KEIN GROSSER EXPORT

Von E. JACOB

Die Regierung hat die Exportbeihilfen um 34 Agorot pro Dollar erhöht. Sie werden damit um 4.5% geteigert und nach Meinung von Handels— und Industrieminister Barlev ist der Export um insgesamt 10% „rentabler" seit der Abwertung geworden Wir führen Waren in Höhe von Milliarden Dollar aus, aber die Regierung hat dies nur zustande bringen können, indem sie 2.5 Milliarden Subventionen für die Ausfuhr bezahlt hat, ausserdem bekommen die Exporteure noch IL 360 Millionen Kredite zu besonder günstigen Bedingungen.

Handels— und Industrieminister Barlev erwartet, dass durch den neuen Zuschuss der Export wesentlich erhöht wird, aber die Industriellen haben schon ihre Zweifel angemeldet. Ihnen ist die Steigerung um 34 Agorot zu gering, und sie haben schon vorausgesagt, dass mit dieser Erhöhung noch kein „Durchbruch" in der Ausfuhr zu erwarten ist.

Eine Aenderung wird nur eintreten, wenn im Lande durch erhebliche Steigerung der Produktivität eine weitere Verbilligung der Erzeugung erreicht werden kann. Erfreulicherweise bricht sich diese Erkenntnis auch im Rahmen der Histadrut Bahn. Einer der Angehörigen des geschäftsführenden Ausschusses der Histadrut, Gideon Ben Jisrael, erklärte kürzlich in drastischen Worten: „In Israel kann man keinen amerikanischen Lebensstandard sichern, während zugleich das Produktionsniveau sich auf der Basis v. Albanien bewegt." Bei einer anderen Gelegenheit hatte Ben Jisrael ausgeführt: „Arbeiter, die faul und nachlässig sind, dürfen keinen gewerkschaftlichen Schutz erhalten."

Nach Meinung von Ben Jisrael muss durch eine Kombination von Steigerung der Produktivität und Reform der Steuern (Herabsetzung der hohen Steuerstufen) die Möglichkeit gefunden werden, hier im Lande selbst die Voraussetzung für eine Produktionsverbesserung zu finden. Dieser Aufgabe müsster sich nunmehr Regierung, Industrielle und Histadrut gemeinsam widmen.

neues AUS DER WIEDERGUTMACHUNG

Geheimverhandlungen über Wiedergutmachung

Durch die Presse ging eine kurze Agenturmeldung, dass in *Deutschland Pläne für eine* Abschlussregelung für die Wiedergutmachung vorbereitet werden. Nach der Nachricht will die Bundesregierung für einen „Abschlussfonds" insgesamt 600 Mio. DM zur Verfügung stellen.

Hinter dieser kurzen Nachricht verbirgt sich ein langes schwieriges *Ringen, an dem vor* allem Dr. Nachum Goldmann im Auftrage der Claims Conference beteiligt war. Seit Jahren hatte Dr. Goldmann Gespräche mit dem früheren Bundeskanzler Brandt geführt, die jedoch kein Ergebnis gezeitigt hatten. Der Komplex ging auf den *heutigen Bundeskanzler Schmidt* über, und die drei grossen Parteien in Deutschland einigten sich darauf, dass die Wiedergutmachung als „besonders schwieriges" Thema Sache des Bundeskanzlers persönlich sein solle.

Helmut Schmidt hatte, wie jetzt bekannt wird, **im Herbst 1974 den früheren Bundesfinanzminister Alex Möller beauftragt mit Dr. Goldmann Geheimverhandlngen zu führen,** die anscheinend mehr oder weniger zum Abschluss gekommen sind. Aus einem Schlussfond sollen die Forderungen derjenigen Juden berücksichtigt werden, die erst nach 1965 aus dem Westen gekommen sind, ferner sollen Härtefälle in Erwägung gezogen werden. Dr. Gold*mann hatte zuerst eine Milliarde* DM verlangt, jetzt heisst es, dass die Bundesregierung 540 Millionen DM an die Claims Conference überweisen soll, die die alleinige Verantwortung für die Verteilung der Gelder übernehmen würde. Die Bundesregierung würde sich aus diesem *Spiel heraushalten.*

Aus einem FAZ-Bericht ergibt sich, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland Einspruch dagegen eingelegt hat, dass die Bonner Regierung nur mit Dr. Goldmann verhandelt und nicht die Hauptorganisation der Juden Deutschlands herangezogen hat. *Inzwischen hat* Bundeskanzler Schmidt den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden Deutschlands Nachmann empfangen, und nach einer Version soll er ihm zugesagt haben, dass die Schlussregelung nicht ohne Befragung des Zentralrates vor sich gehen soll. Im übri*gen hätte der Zentralrat bei* der ganzen Frage praktisch nur eine ganz geringe Rolle zu spielen, da die Mittel zum aller grössten Teil für Juden ausserhalb Deutschlands bestimmt sind. 60 Millionen DM sollen an nichtjüdische Naziopfer gezahlt werden, womit die Gesamtsumme von 600 Mio. DM herauskommen würde.

In der vorigen Woche hatte Bundeskanzler Schmidt Besprechungen mit den Fraktionsführern der *drei Bundestagsparteien,* um eine einheitliche Front **bei der Vereinbarung über die Schlussregelung zu sichern.** Auch in der Vergangenheit hatte die Bundesregierung immer Wert darauf gelegt, dass Wiedergutmachung einstimmig und jenseits des Parteienstreits erledigt werden soll.

Über die Verwendungspläne seitens der Claims Conference bestehen noch keine Klarheit. Über den ganzen Komplex wird, aus eigentlich kaum verständlichen Gründen, völliges Stillschweigen bewahrt. Nach Berichten aus Deutschland soll für den Fonds der Claims Conference ein Kontrollrat gebildet werden, dem auch bekannte deutsche Persönlichkeiten angehören sollen. In Kürze dürften die Grundlinien der Vereinbarung über die Schluss-Wiedergutmachung veröffentlicht werden.

ABLEHNENDE DEUTSCHE HALTUNG GEGENÜBER VERFOLGTEN

Der deutsche Bundesfinanzminister hat auf eine Anfrage des bayerischen Abgeordneten Dr. Schöfberger (SPD) im Bundestag, die nach einer Konferenz der Verfolgten in München gestellt wurde, sich zu weiteren Entschädigungsforderungen der *Verfolgten des Naziregimes* ziemlich negativ geäussert.

Die Anfrage von MdB Dr. Schöfberger lautete:

„Teilt die Bundesregierung, die in einer Entschliessung der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Verfolgtenorganisationen vertretene Auffassung, dass Personen, *„die dem NS-Unrechtsstaat bis* zum letzten Tage gedient haben, durch Posten und Pensionen grosszügig unterstützt werden, während Verfolgte und deren Hinterbliebene zum Teil in bitterer Not leben", und das die Lage vieler NS-Opfer, die Wiedergutmachungsansprüche besitzen, in vielen Fällen beklagenswert und zum Teil skandalös sei, und ist es „eine unhaltbare Diskriminierung, dass für die Wiedergutmachung schon vor Jahren ein Schlussgesetz erlassen wurde, wie es für alle anderen Gruppen von Entschädigungsberechtigten nicht bestehe?"

Der Parlamentarische Staatssekretär Hähser antworte auf diese Anfrage:

„Die *Bundesregierung teilt* die in der Entschliessung der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Verfolgtenorganisationen zum Ausdruck gekommene Auffassung über Art und Umfang der Entschädigung von Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung nicht. Die Gesamtaufwen*dungen für den genannten Per*sonenkreis werden voraussichtlich rd. 90 Milliarden DM betragen. Hiervon sind rd. 51 Milliarden DM bereits gezahlt. Diese Leistungen konnten bisher nur aufgebracht werden, weil der Entschädigung der NS-Opfer von Anfang an der Vorrang vor anderen *wichtigen sozialpolitischen* und der Zukunftssicherung dienenden Aufgaben gegeben wurde.

Das von Ihnen, Herr Kollege Schöfberger, angesprochene Bundesentschädigungs-Schlussgesetz vom 14. September 1965 brachte erhebliche Verbesserungen der Entschädigungsleistungen auch durch Ausweitung des berechtigten Personenkreises mit einem finanziellen Volumen von rd. 6 Milliarden DM.

Um die Leistungsflicht der Bundesrepublik Deutschland nicht in unübersehbarer Weise anwachsen zu lassen, war im

(Fortsetzung auf S. 5)

Zucker-Weltmarkt - eine bittere Sache

Als vor nunmehr zwölf Jahren die USA ihr Abnahmeembargo gegen Kuba beschlossen, gerieten die Weltmärkte für Zucker in Aufruhr: Der Importsog, der 1963 von Amerika ausging, dessen übliche Versorgung durch den Ausfall grosser Mengen kubanischen Zuckerrohrs problematisch wurde, zog die Weltmarktpreise für Zucker in einer steilen Kurve nach oben. Kubas Zucker war in diesem Jahr vom Markt verschwunden. Castro hatte seine Zuckermengen in die UdSSR transferiert. Als jedoch Ende 1964 die Russen begannen, den Importzucker zu reexportieren, setzte prompt ein Preisverfall an den internationalen Börsen ein.

Eine Zuckerkrise, mit politischem Ursprung, also. Derartige Erschütterungen der Zuckermärkte mussten die Börsen auch im Gefolge der Korea- sowie der Suezkrise hinnehmen, dennoch gab es in der Frage der internationalen Zuckerversorgung bis zum Jahr 1970 keine echten Mengen-, sondern höchstens vorübergehende Verteilungsprobleme. 1970 aber änderte sich die Situation schlagartig: Während bis zu den siebziger Jahren weltweit jährlich mehrere Millionen Zucker mehr produziert als verbraucht wurden, hinkt seither die *Produktion permanent hinter der* Nachfrage her.

Heute sind die Weltmärkte leegefegt und die Lagerbestände auf ein *Minimum zusammenge*schrumpft. In England etwa, dessen problemlose und billige Zukkerversorgung aus den Ländern des Commonwealth längst der Vergangenheit angehört, hamstern Kaffeehausgäste Würfelzucker. Viele Supermärkte beschränken den Zuckerverkauf auf zehn *Minuten zu jeder vollen* Stunde, wo sich dann britische Hausfrauen mit ihren Konkurrentinnen um den begehrten Süsstoff duellieren. Die Norweger wiederum, die ihren Zucker teurer als d. preisstützungsfreudigen Schweden erstehen müssen, sind auf ihre schwedischen Nachbarn böse, weil sie ihnen die Tür vor der Nase zuschlugen und die Ausfuhr pro Kopf streng kontingentierten.

*Die EG-Kommission schliess*lich empfiehlt den Mitgliedstaaten, „die Möglichkeit einer Änderung ihrer Rechtsvorschriften zu prüfen, um die Verwendung von Sacharin und anderen Süsstoffen für zulässig zu erklären. „Wie überhaupt die Süssstofferzeuger sich angesichts der Misere ihrer grossen Konkurrenten vergnügt ins Fäustchen lachen und die besten Geschäfte seit langem erzielen: Zucker macht dick und ist auch noch teuer — was will ein Sacharinproduzent mehr?

Was aber waren die Ursachen für das weltweite Debakel? Einerseits hatte d. an den internationalen Börsen jahrelang völlig darniederliegende Zuckerpreis den Anbau von Zuckerrohr oder -rübe, beziehungsweise die Zukkerproduktion nicht gerade stimuliert. Unter mittelalterlichen Bedingungen schneiden in den traditionellen und grössten Zuk*kerrobranbaugebieten der Welt* im karibischen Raum, die sogenannten Machteros das Zuckerrohr für die Ernte. Sie arbeiten nach archaischen Methoden und gehören sozial zur untersten Schicht der Bevölkerung, — wurde doch ihre Arbeit früher von Sklaven verrichtet. Immer weniger *Eingeborene sind* daher heute bereit, als Machteros auf die Felder zu gehen.

Aus dem immer grösseren Arbeitskräftemangel aber ergibt sich ein verstärkter Zwang zur Mechanisierung, zum Einsatz von rationellen, aber eben auch äusserst kapitalintensiven Erntemaschinen, deren Anschaffung bei den niedrigen Weltmarktpreisen der sechziger Jahre nicht rentabel war. Die tief „im Keller" eingefrorenen Notierungen dieser Zeit hielten auch die Zuckererzeuger davon ab, Geld in Form von Investitionen in ihre alten Raffinerien zu stecken.

Heute aber, könnte man einwenden, wo die Börsen für die Zuckererzeuger interessante Kursnotierungen zeigen, wäre ein Engagement im internationalen Zuckergeschäft eine reizvolle Sache.

Doch Zucker ist auch gegenwärtig noch ein recht riskantes Geschäft. So sind zwar die Zukkerpreise im Vorjahr um rund 500 Prozent angestiegen, innerhalb von wenigen Wochen allerdings auch um fast die Hälfte wieder gesunken. Bei der enormen Geldsumme, die für die Errichtung der weltweit benötigten Zuckerfabriken bereitgestellt werden müsste, sind derartige Schwankungen naturgemäss ein arger Hemmschuh. Wie diese *Gelder aufgebracht* werden sollen, steht derzeit noch in den Sternen. Zwar zeichnet sich ein stärkeres Engagement von internationalen Finanzinstituten wie etwa der Weltbank ab, aber diese Mittel sind ungenügend, ausländische Investoren sche[illegible] in den letzten Jahren im[illegible] mehr das politische Risiko, mit Geldanlagen dieser Grös[illegible] ordnung in so manchem [illegible] wicklungsland verbunden ist.

All dem steht ein rapider [illegible] stieg der Zuckernachfrage denjenigen Entwicklungslänc[illegible] gegenüber, die einkommensc[illegible] sig gerade an jenem Punkt gelangt *sind, wo die* Bevölker[illegible] finanziell in der Lage ist, i[illegible] Bedarf an Grundnahrungsmit[illegible] zu decken.

Über den freien internatic[illegible] len Handel läuft freilich rund ein Viertel des Welt[illegible] brauchs an Zucker. Der Rest zu staatlich geregelten Preiser *den einzelnen Ländern zum* [illegible]genverbrauch bestimmt [illegible] wird in fixen Abnahmequ[illegible] — laut internationaler Abk[illegible] men — reglementiert gehanc[illegible] Die hohen Preise haben zwar [illegible]zwischen in vielen Ländern Erzeuger stimuliert, die Proc[illegible] tion auszuweiten. Aber fr[illegible] stens *1976* wird sich das grösseren Ernteerträgen bem[illegible] bar machen.

Liselotte Pa[illegible]

Das Tel-Aviver Kino „G[illegible] das in der vorigen Woche [illegible] Veranlassung der Polizei und Tel-Aviver Stadtverwaltung Freitag abend nicht gespielt [illegible] te, hat angekündigt, dass es [illegible] diesem Freitag abend wie [illegible] wöhnlich spielen und von 2[illegible] bis 24.00 Uhr Filme aufführ[illegible] wird.

Die Gebühren für Wasse[illegible] schlüsse und Wasseruhren in [illegible] Aviv werden um 60% erh[illegible] werden.

LILLI PALMER

Dicke Lilli - gutes Kind

71.

CARLOS

Das Haus in Santa Monica lag direkt am Strand, vom Meeressand umspült, manchmal auch vom Meereswasser. Alles war klein an diesem Haus: die Zimmer, die Möbel, der Garten, als wäre es für Zwerge entworfen gewesen. In Wirklichkeit war es vor vielen Jahren von der Multimillionärin Barbara Hutton gebaut worden, eigens für ihre Flitterwochen *mit dem einzigen ihrer vielen Ehemänner, der sich* ohne jede Abfindung von ihr getrennt hat: Cary Grant. Sie bestellte vom Architekten wenige und enge Räume statt der offenen, weiten Paläste, die sie bisher immer bewohnt hatte. Vielleicht wollte sie alles so klein haben, um sich in ihr Glück zu verkapseln. Es half auch nichts. Cary zog aus.

Wollte man sich ausstrecken, musste man ins Freie treten, am besten durch die winzige Gartentür — der Garten bestand nur aus Sand und zwei Kakteen —, die zum Meer führte. Dort watete ich ganz früh vor der Abfahrt ins Studio und abends nach Drehschluss auf dem nassen Sand entlang *zwischen den eilig hin und her laufenden, wippenden* Strandvögeln. Einen Kilometer nach rechts und einen nach links, und dabei tief atmend, wie mein Vater es dringend angeraten hatte. Er selbst hatte täglich *im Grunewald tief geatmet,* wenn er mit meiner Mutter „um's Eck" gegangen war, hatte nicht geraucht, nicht getrunken — und war innerhalb von fünf Minuten ohne jeden Widerstand gestorben. Mit 57 *Jahren.* Daran dachte ich, während ich watete. Wenn ich ihn jetzt aufwecken könnte — er war beinah seit zwanzig Jahren tot —, was hätte er wohl zu uns gesagt, er, der ausser Latein und Griechisch nur Deutsch gesprochen, nur Deutschland geliebt, alles nur aus der deutschen Perspektive gesehen hatte? Meine Mutter lebte seit vielen Jahren in England, dort war sie jetzt „zu Hause", meine *Schwestern waren mit* Engländern und mit Amerikanern verheiratet — er hätte jetzt sieben Enkelkinder gehabt, von denen keines auch nur ein Wort Deutsch sprach. Er hätte sich nicht mit ihnen unter*halten* können.

Der Strand war um die frühe Morgenstunde und dann wieder in der Dämmerung wie ausgestorben. Nur die Vögel liefen eilig umher. Tausende, in allen Grössen, ein Wunder, dass ich nicht auf einen trat. Was *hätte er wohl zu mir gesagt,* wenn er mich so gesehen hätte, wie ich da allein, statt an der Ostsee, am Stillen Ozean auf dem Gesundheitsspaziergang marschierte und Bilanz machte, wie er das auch so gern getan hatte. „Siehst du, mein Fräulein", hätte er gesagt, „Medizinerin hättest du werden sollen — wissenschaftlich arbeiten, das ist das einzig wirklich Befriedigende, das einzig Bleibende, das Unabhängigmachende. Dass du kämpfen musst, ist gut für dich. Aber dass du täglich neu erobern musst, was nicht in deiner Macht steht, das ist kein Kampf, der sich lohnt."

Lohnt es sich? Die Frage stellte sich jetzt häufiger. Wahrscheinlich, weil ich nun endlich, endlich den heissersehnten Erfolg gehabt hatte. Ich hatte ihn gehabt. Das konnte mir keiner streitig machen. Immerhin etwas. Aber ich besass ihn nicht. Erfolg ist kein Besitztum.

Was sich ganz sicher lohnte, war meine wachsende Sicherheit, hellhöriges Ohr (endlich!) und unabhängige, kritische Einstellung. Relativ unabhängig, hätte mein Vater gesagt und gelächelt. Relativ oder absolut — jeden Morgen im Studio musste ich „liefern" nach eigenem Ermessen, es gab keine Zeit für „Aha!" und Ausprobieren. Rex und ich waren die einzigen Schauspieler in diesem Film, es gab weder Charakter- noch Nebenrollen. Nicht einmal ein Hund bellte im Hintergrund. Der Drehplan erlaubte uns 21 Tage Drehzeit, genau die Hälfte der üblichen. Man erwartete, dass wir aufeinander eingespielt waren und nicht erst vorsichtig proben und versuchen mussten, zueinander zu finden, um endlich miteinander spielen zu können. Der Produzent hatte sich zwar entschlossen, die beiden Parias den heiligen Hollywood-Hallen aufzuzwingen, aber das sollte kurz und schmerzlos vor sich gehen, ohne viel Aufhebens — und ohne viel Geld.

Genau das geschah dann auch. Wir waren (ver*hältnismässig) billig und machten uns in keiner* Weise mausig. Die Kollegen waren selbstverständlich zur Stelle, luden uns ein wie früher, taten, als sei nie etwas geschehen, erwähnten es nie. Schauspieler lassen sich nicht so schnell beirren, sind rein berufsbedingt liberaler, sind beinahe niemals blinde Anhänger oder gar Anführer einer Hexenjagd. Sie machen mit, wenn sie müssen, wenn es um ihre Existenz geht, aber nur ungern. Die ganz wenigen, die aus Ueberzeugung verfolgen, zählen nicht.

Wir glaubten ihnen gerne, dass sie mit echtem Vergnügen die „Annoncen" in „Variety" und „Hollywood Reporter" gesehen hatten. Und natürlich auch das Titelblatt der Zeitschift „Life", den amerikanischen Adelsbrief. „Life" hatte ein Doppelporträt von uns gebracht. (Nicht ohne Schwierigkeiten. Wir hatten beide die gleiche „Schokoladenseite" — links —, und keiner wollte sich bei dieser stolzen Gelegenheit von der schlechten Seite zeigen. Resultat: eine Medaillonaufnahme von zwei linken Profilen.)

Nicht nur die Kollegen, auch die Produzenten begannen sich für uns zu interessieren, und die früheren telegrafischen Einladungen kamen wieder ins Haus. Nur für die Presse waren wir nach wie vor Luft

Das sollte sich erst einige Jahre später ändern — u[illegible] *dann radikal —,* als Rex mit *My Fair Lady* d[illegible] Erfolg der Generation davontrug. Als er noch [illegible] allem Uebel den „Oscar" gewann, konnten ihn d[illegible] Fachzeitschriften, wollten sie wirklich Fachzeitschr[illegible] ten bleiben, nicht ignorieren, ohne sich lächerli[illegible] zu machen. Sie kapitulierten.

Hollywood gab nur noch selten Monsterparty[illegible] Die Partybesessenheit hatte stark nachgelassen. D[illegible] Fernsehen drohte, wenn auch noch in der Ferr[illegible] den Filmlebensfaden abzuschneiden, die Steuern w[illegible] ren ernst zu nehmen, Abendkleider kosteten e[illegible] Sündengeld. Der einzige traditionelle Hollywoo[illegible] Empfang, zu dem wir eingeladen waren, sollte [illegible] Jack Warners Haus stattfinden. Jack Warner, me[illegible] früherer Studio-Boss, gab ein Fest, steuerabzüglic[illegible] zu Ehren von Charles de Gaulles Bruder Pierre.

Als wir uns eines Samstagabends auf den lang[illegible] Weg von Santa Monica nach Beverly Hills machte[illegible] hatte ich, als ich in den Wagen stieg, keinerl[illegible] Vorahnung, keine einzige „innere" Stimme spra[illegible] zu mir. Was mich betraf, so würde dieser Aben[illegible] wie alle anderen, ein *langer* werden, *wir würd*[illegible] rund hundert der wohlbekannten und vielleicht e[illegible] Dutzend unbekannte Gesichter begrüssen. Ich wür[illegible] meinen alten Kampf mit meiner Schlafmützigke[illegible] ausfechten und meinen einzigen Gin-Tonic sorgfält[illegible] gegen Uebergriffe von seiten pflichtbewusster, nac[illegible] schenkender dienstbarer Geister schützen. Wah[illegible] scheinlich würde ich wieder irgendwo ein stilles So[illegible] finden. J. W.s Haus war gross genug.

Etwa um die gleiche Zeit fuhr ein junger Ma[illegible] in Topanga Canon los, ganz nah an unserem Ha[illegible] in Santa Monica, um sich ebenfalls zu Pierre [illegible] Gaulles Empfang zu begeben. Nach Hollywoo[illegible] Brauch hatte er erst angefragt, ob er jemanden z[illegible] Party begleiten solle. („Jemand" hiess: eine einzel[illegible] Dame.) Er war Junggeselle, einer der wenigen, u[illegible] daran gewöhnt, dass man ihn gern für solche Zwec[illegible] *einspannte.* Ihm war das recht. Die Damen war[illegible] immer hübsch. Diesmal aber hiess es, nein, kor[illegible] men Sie bitte allein. Auch das war ihm recht. [illegible] war gern allein und fest entschlossen, es ein Leb[illegible] lang zu bleiben. Er war unabhängig, kam und gin[illegible] wann er wollte, wurde nichts gefragt, war nierna[illegible] dem Antwort schuldig.

Als er gen Beverly Hills rollte, meldete sich au[illegible] bei ihm kein sechster Sinn, keine Intuition, ke[illegible] Vorgefühl. Vor ihm lag ein Abend der reiche[illegible] Auswahl. Allein würde er ganz sicher nicht na[illegible] Hause fahren.

Jack Warners Haus war ein Palast, von eine[illegible] standesgemässen tropischen Park umgeben. Detekti[illegible] im Smoking standen vor dem scheinwerferbeleucht[illegible] ten Eingang, baten höflich um Einladungskarte[illegible] sahen einem schnell und kritisch ins Gesicht — u[illegible] liessen passieren. Die Party fand „unten" statt. I[illegible] „Playroom". Viele Hollywood-Villen haben ein[illegible] solchen Raum im Untergeschoss, tagsüber de[illegible] Fitnesstraining gewidmet, abends für Geselligk[illegible] geeignet. In Warners Palast war der Playroom e[illegible] Ballsaal.

(Fortsetzung folgt)



Mira Awrech BERICHTET:

Rockefeller: Problem arabischer Gelder - in 3 Jahren geloest

„Das arabische Ölgeld..?" murmelte **David Rockefeller**, ein Bankier, dessen Imperium, die „Chase Manhattan Bank", einen Umsatz von etwa zwanzig Milliarden Dollar verbuchen konnte, noch bevor die raketenartig hochschiessenden Petrodollar-Investitionen eintrafen. „Nein", antwortete er auf meine Frage, und füllte seinen Teller mit Leber, Chazilim und allen möglichen israelischen Salaten — „ich bin nicht davon überzeugt, dass das zu einer Beherrschung der Weltindustrie durch die Araber führen wird. Das Problem wird drei bis vier Jahre andauern, und in dieser Zeit werden die Gelder in der Industrie angelegt werden. Danach wird das Problem gelöst sein..."

Gelöst? Wieso? Ist damit gemeint, dass man an Nationalisierungen schreiten wird? Darauf bleibt der jüngste der Rockefellers, der in den besten Schulen der Welt erzogen wurde und mit diplomatischen Instinkt begabt ist, die Antwort schuldig. Er füllte sich ein Glas mit Wein, und lenkte lächelnd ab. „Verstehen Sie mich recht, die Finanzsysteme und auch die grossen Banken der Welt können nicht mehr mit der Aufnahme der Milliarden Petrodollars fertigwerden. Daher braucht die Welt neue, ausgeklügelte Pläne, um mit den Geldüberschüssen der Araber zu Rande zu kommen."

Wenn der Gastgeber Jerusalems Bürgermeister **Teddy Kollek** ist, dann geht es immer würdig zu, in einer kultivierten Atmosphäre, aber informell und warm. An sechs kleinen Tischen sassen etwa dreissig Gäste, unter Originalgemälden von Van Gogh und Utrillo, im Klub „Museum Israel". Teddy sorgte dafür, dass — durch eine Art „musikalischer Stühle"-Spiel — jeder Gast einmal die Gesellschaft jedes anderen geniessen konnte, einschliesslich des Ehrengastes. „Sooft ich in die Hände klatsche", verkündete Kollek lächelnd, „tauschen wir alle die Plätze, nehmen unsere Teller und gehen an einen anderen



Bürgermeister Teddy Kollek: „wie La Guardia..."

Tisch..." Er selbst war der erste, der von einem Platz zum anderen wechselte.

David Rockefeller konnte während des ganzen Abends nicht aufhören, seinen Gastgeber, den Bürgermeister von Jerusalem zu loben. „So wie es in der Geschichte noch keinen Staat wie Israel gab, der sich seit seiner Gründung in Kriegen behaupten muss, und dabei auch noch seine reiche kulturelle Tradition hartnäckig verteidigt und ausbaut — so ist auch Teddy Kollek einmalig! Er erinnert mich an den wunderbarsten und dynamischesten Bürgermeister, den die USA je hatten — den verstorbenen Bürgermeister von New York, **Fiorelli La Guardia**. Meine eigene Karriere begann ich als sein Helfer; ich arbeitete anderthalb Jahre als sein Sekretär. Seither habe ich nichts Ähnliches gesehen, bis ich Kollek kennenlernte."

„Und wären Sie einverstanden, auch Kollek anderthalb Jahre zu widmen?" fragte ich den Gast.

„Neben Kollek arbeiten? O, nein. Mit ihm und seinem Tempo würde ich nicht Schritt halten können; bei seiner Energie und Dynamik! Nein, an seiner Seite wäre ich einfach erledigt..."

NOBLESSE OBLIGE

„Sicher ist es heute schwer, Generalstaatsanwalt zu sein", stellte **David Rockefeller** fest, als er bei **Teddy Kollek** mit Meir Schamgar zusammentraf. „In einer Welt, die so sehr von der Rechtsnorm und Moral abweicht, besonders bei uns in den USA, erscheint das eine fast unmögliche Aufgabe. Und wie ist die Lage bei Euch in Israel?"

„Ein bisschen schwierig!" antwortete ausweichend der Justizberater der Regierung. Erst nachher murmelte er in Richtung einiger israelischer Gäste: „Wenn er wüsste, wie recht er hat..."

SELTSAME KOMBINATION

Auch den Ministerpräsidenten **Jizchak Rabin** und den Finanzminister **Jehoschua Rabinowitz** brachte **David Rockefeller** einigermassen in Verlegenheit. Das geschah, als er jedem von ihnen separat erklärte, wie sehr ihn das „wundervolle Museum" — das „neue Museum des Islam in Jerusalem", begeistert habe.

Erst nachher dämmerte ihm auf, dass weder der Ministerpräsident noch der Finanzminister dieses Museum von innen kannte. Die beiden wussten überhaupt nicht, wovon der Gast so sehr schwärmte...!

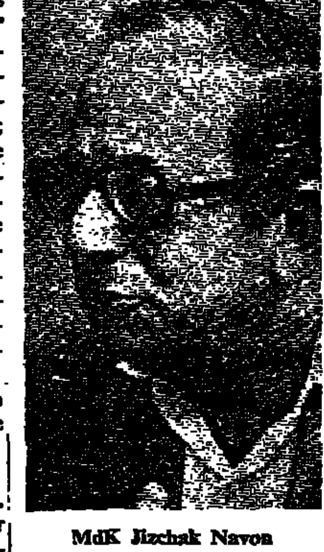
Als einer der Begleiter Rockefellers dem Ministerpräsidenten erklärte, dass es sich um ein ganz neues Museum handelt, das an der Ecke der Jabotinsky- und Palmachstrasse liegt, entschlüpften Rabin die Worte: „Palmach und Jabotinsky? Das ist eine unmögliche Kombination..." (Vielleicht eine Entschuldigung für die Uninformiertheit? Anm. d. Übers.)

Ministerpräsident Jizchak Rabin: Islam-Museum — Yok...

IM GEISTE DER KO-EXISTENZ

David Rockefeller und seine Begleiter genossen bei dem Festbankett nicht nur gute Speisen. Das gesellschaftliche Ereignis war auch ein Beweis für den Erfolg der Bemühungen des Bürgermeisters um die „Ko-Existenz" der Religionen, Nationalitäten und Ansichten, die er alle auf ihre Weise respektiert. In gehobener Stimmung speisten hier miteinander und nebeneinander der anglikanische Erzbischof von London und das griechisch-orthodoxe wie armenische Kirchenoberhaupt; der Vertreter des Papstes sass neben dem Bürgermeister von Bet-Jalla, und der Bürgermeister von Bethlehem neben dem Leiter der Parlamentskommission für Auswärtige und Sicherheitsfragen MdK Jizchak Navon — beide ins Gespräch vertieft.





MdK Jizchak Navon Ko-Existenz mit Bethlehems Bürgermeister

„Ich besuchte Israel zum ersten Male im Jahre 1929, als mein Vater beschloss, hier das „Rockefeller-Museum" zu erbauen", erzählte uns der jüngste Rockefeller, erwärmt und gut gelaunt vom israelischen Wein. „Ich war damals 13 Jahre alt, und meine Eltern nahmen mich mit auf eine Reise durch den Nahen Osten. Sechs Wochen lang fuhren wir auf dem Nil. Wir besuchten alle Sehenswürdigkeiten, alle Moscheen."

Das war noch vor dem Düsen-Zeitalter. „Ihr Vater würde nicht glauben, dass man heute 16 Länder in der gleichen Zahl von Stunden überfliegen kann, die man damals für den Besuch einer einzigen Moschee aufwandte!" stellte Teddy Kollek fest.

Die Bemerkung fiel nach einer Rundfahrt von zweieinhalb Stunden durch Jerusalem. Während dieser Zeit zeigte der Gastgeber dem Bankier Rockefeller unter anderem auch die Ausgrabungen, die Professor **Benjamin Masar** durchführt.

„Sie fahren doch jetzt zum **König Feisal**", wandte Kollek sich an seinen Gast. „Erzählen Sie ihm doch bitte, dass die El-Aksa-Moschee keineswegs eingestürzt ist! Und dass die Ausgrabungen auch viele für die Geschichte des Islam bedeutende Einzelheiten zu Tage förderten...!"

CHINESISCHES SYSTEM

Eine Zweigstelle der Chase Mannhattan Bank wird **David Rockefeller** in Israel nicht errichten — obwohl er hier in weniger als einem Tag mit den wichtigsten Leuten — dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister, dem Bürgermeister Jerusalems — zusammentreffen konnte. In der chinesischen Volksdemokratie aber wird derzeit eine grosse Filiale der Bank erbaut — obwohl Rockefeller es bei einem China-Besuch viel schwerer hatte als in Israel.

„Wir kamen nach China, um Tschu En-Lai zu sprechen", erzählt Rockefeller. „Am ersten Tage zeigte man uns die Stadt. Doch niemand reagierte, als wir



Ministerpräsident Tschu-En-Lai: Audienz um Mitternacht

baten, vom Ministerpräsidenten empfangen zu werden. Ebenso am zweiten Tag. Am dritten Tag — begegneten uns Mienen der Ungewissheit. Auf unsere zahlreichen Fragen erfolgte keine Antwort. Am vierten Tag hätten wir beinahe aufgegeben. Doch wir beschlossen noch etwas zu warten. Am fünften Tag wollte man uns immer noch keine bindende Antwort erteilen."

„Dann plötzlich, am sechsten Tag, teilte man uns mit, wir mögen den Abend für ein Essen mit einer hochgestellten Persönlichkeit reservieren. Ebenso plötzlich kam eine Absage. Wir assen allein im Hotel. Man sagte uns, wir mögen unsere Zimmer nicht verlassen. Um 23.30 Uhr nachts läutete das Telefon. Es wurde uns mitgeteilt, dass wir uns genau 13 Minuten später am Hoteleingang einfinden sollten."

„Pünktlich zur festgesetzten Minute holte uns ein Auto ab. Man brachte uns quer durch Peking, das um diese Zeit vollkommen ausgestorben dalag. Keine Seele unterwegs, kein Fahrzeug, nichteinmal ein streunender Hund. Zuletzt kamen wir am „Palast des Volkes" an. Wir wurden in einen riesigen Saal geführt. Ein gewaltiger, blendender Scheinwerfer war auf einen Punkt gerichtet — auf eine kleine Gestalt, weiss gekleidet, die im Zentrum stand und sich nicht rührte..."

Es war Tschu En-Lai.

(Übers. a. d. Hebr. v. A. S.)

RADIO und FERNSEHEN

DONNERSTAG, 23.1.75
Nachrichten: jede Stunde.

Programm A:

8.10 Berühmte Künstler — mit Janet Baker, Jose Iturbi, Feodor Shaljapin, Yehudi Menuhin, Jean Martinon und anderen; 9.05 Opernklänge; 10.05 Wiederholung der musikalischen Soirée mit Schlomo Tidhar (Flöte), dem „Flöten-Ensemble Laron, Jair Klass (Violine), Rut Meme (Cembalo): „Alt und neu"; 11.00 Volkstümliches Hebräisch; 11.15 und 12.15 Programm für Schülen; 11.35 und 12.05 Lied und Chansons; 12.35 Margaret Neuman (Klavier) spielt Sonate von Mozart und Pastorale von Poulenc; 13..55 Mittagskonzert des musikalischen Rätsels — Vivaldi, Bartok und Michael Haydn; 14.10 Für Mutter und Kind; 15.05 Radiowissen — Kampfmittel und militärische Doktrin; 15.30 Literatur für Schüler und Lehrer der Mittelschulen; 15.50 Buchbesprechung; 16.10 Eine Minute Hebräisch; 16.11 Konzert des Jerusalemer Symphonieorchesters — STEREO — Wiederholung des Konzerts vom Dienstag im Jerusalemer Theatersaal — mit Sidney Hart als Dirigent und Solist „Alt und neu", Bach, Händel, Schuller, Balada, Barber; 18.05 Die Woche in der Knesset; 18.30 Ueber Menschen und Zahlen; 18.55 Für den Landwirt; 19.25 Leichte klassische Musik; 19.50 Rezitation aus der Bibel; 20.05 Radiophonischer Schachwettbewerb Israel: Norwegen; 20.07 „Hier Studio Nr. 1" — musikalisches Magazin (Edna Anati und Schlomo Hed); 21.00 Der Komponist Karel Salmon, Gedenkprogramm ein Jahr nach seinem Tode (Awi Chanani); 22.05 Magazin für die Familie (Ester Barzel); 23.05 „Neues Klänge" — STEREO — von den Musikwochen der Internationalen Gesellschaft für neue Musik, gespielt vom Kammerorchester von Radio Hilversum; 00.10 Ein kurzes Gedicht.

Programm B:

6.10 Morgengymnastik; 6.20 Musikalische Uhr; 6.59 Eine Minute Hebräisch; 7.35 Gesänge; 7.55 „Grünes Licht"; 8.15 Morgenprogramm; 10.05 Für die Hausfrau; 12.05 im Arbeitsrhythmus; 12.30 Unsere Lieder; 13.05 Chansons und Neuigkeiten; 14.10 und 15.05 „Dir und mir"; 15.52 Jüdische Bräuche und Begriffe; 16.10 Eine Minute Hebräisch; 16.11 und 16.35 Chansons aus aller Welt; 16.30 Rätselraten — in Fortsetzungen — mit Schmuel Rosen; 17.10 Radiospiel; 18.05 Orientalische Weisen; 18.45 Täglicher Sportbericht; 21.05 „Das ist Geschmackssache" (Wiederholung); 22.05 Lieder der Völker (Wiederholung); 23.05 und 00.10 „Unter uns" — Gespräche über Tagesprobleme im Studio und per Telefon.

Sender H:

19.00 und 20.00 Nachrichten; 19.05 und 20.05 „Wer fürchtet sich vor fortschrittlichem Pop?".

Militärsender:

Nachrichten: jede Stunde; 6.05 und 7.05 Morgenklänge; 8.05, 12.05, 17.05 und 00.05 Nachrichtenjournale; 9.05 Grüsse mit einem Lied; 9.55 Programm mit dem Juristen Seew Segal; 10.05 und 11.05 „Warm und schmackhaft"; 10.55 Programm mit Uri Sela; 11.55 Kurze chassidische Geschichte; 12.25 Stern zur Mittagszeit — „Chicago" — Truppe; 12.55 Fünf Minuten mit Schaul Biber; 13.05 Das internationale Unterhaltungsprogramm des Militärsenders mit der Sängerin Odette und dem Zahal-Orchester, mit Gadi Jagil; 14.05 und 15.05 „Zwei bis vier"; 16.05 „Rufen Sie bitte an" Die Mannschaft beantwortet Fragen der Hörer; 17.40 Chansons; 18.05 Nachman Urieli interviewt Gjalal Abu Taama; 18.35, 19.05 und 20.05 Parade hebräischer Chansons; 21.05 Diskussion im Kreml über die Detente; 22.05 und 23.05 „Gute Nacht aus Jerusalem" mit Micha Schagrir; 23.55 Mitternachtsgespräch — Jizchak Liwni: Polen wie ein „Sabre es sieht, dessen Vorfahren aus Polen stammen;

In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen leichte Musik, Lieder, Chansons.

Schulfernsehprogramm:

7.50 und 11.25 Naturkunde, 8.15 Mathematik; 9.05 Literatur und Sprachunterricht; 9.25 Naturkunde/Physik; 10.00 Technologie; 10.20 Rechnen; 10.45 Programm für die Kleinen; 13.00 französisch; 15.30 „Hebräisch-Besiman tow", erstes Kapitel; 16.00 Englisch; 16.17 Geometrie; 16.34 „Walter und Conni am Meeresstrand" — Englisch für Erwachsene; 17.00 Telenoar.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten: 17.32 Zirkus; 17.40 Die Welt von Walt Disney — „Auf der Suche nach den Geheimnissen der Natur"; 18.30 bis 20.00 Programm und Nachrichten in arabischer Sprache; 20.00 „Cäsar" — Dokumentarfilm; 20.30 Mabat; 21.00 Direktübertragung aus Madrid: Basketball-Europacup — Rückspiel zwischen Real Madrid und Makkabi Tel Aviv (zweite Halbzeit); 21.30 „Hawaii fünf null": „Ich werde sie nochmals töten"; 22.20 Charlie Chaplin, Filme aus den Jahren 1915-16: „The Pawn Shop" (Die Pfandleihanstalt); 22.50 Tagesabschnitt, Nachrichten

DAS WORT HAT der Leser

WEITERE GEBURTSTAGS-GLÜCKWÜNSCHE FÜR IN

Es ist mir ein Bedürfnis Ihnen zu schreiben, wie sehr ich von Ihrer wunderbaren Zeitung begeistert bin. Insbesondere die Freitag-Ausgabe und der Roman sind Dinge, die ich hier nicht mehr missen möchte. Der Roman von Lilli Palmer ist eine wahrhaft erholsame Lektüre, viel angenehmer als die „Akte Odessa", aber ich verstehe, dass man für jeden etwas bringen muss.

Rudolf Redlich
Rischon Lezion

Ich möchte Ihnen sagen, dass die Israel Nachrichten weit besser sind als Ihre Vorgängerin, die „Jedioth Chadashoth". Das liegt erstens am grösseren Umfang, grösserer Vielseitigkeit des Lesestoffes, einem erweiterten Mitarbeiterstab und natürlich vielen guten Artikeln. Vor allem aber ist Ihre Literaturseite hervorragend und interessant, die Auswahl der Romane gut und die vielen leichten Beiträge, vom „Hotel Sacher", der „Pferdebahn und dem Raumflugzeug" u. s. w. klingen bei den vielen alten Leuten, die ja nun mal die Hauptleserschaft darstellen, gut an. Ihnen allen mein Kompliment!

Erwin Grau
, Tel Aviv

WIEDERGUTMACHUNG

(Schluss von S. 4)

Rahmen der mit den Verfolgtenverbänden vereinbarten Abschlussregelung eine endgültige Befristung der Anmeldemöglichkeit von Entschädigungsansprüchen zum 31. Dezember 1969 unumgänglich, zumal über ein viertel Jahrhundert nach Ende der NS-Gewaltherrschaft die Feststellung von Verfolgungssachverhalten immer problematischer wird.

Wie schon in der Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 zum Ausdruck gebracht wurde, betrachtet die Bundesregierung die Gesetzgebung zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts bis auf evtl. geringe Korrekturen insgesamt als abgeschlossen. Um den Bereich der unvermeidlichen Härten für den Personenkreis der Verfolgten soweit wie möglich zu begrenzen, werden die Möglichkeiten der in der Regierungserklärung angesprochenen Korrekturen von der Bundesregierung unter allen in Betracht kommenden Gesichtspunkten geprüft."

Nachbemerkung: Als geringe Korrektur sollen wohl die geplanten 600 Millionen DM angesehen werden von denen 540 Mio. DM auf jüdische Verfolgte entfallen würden.

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Donnerstag, nachts bis 23 Uhr: King George 72, Tel. 286740, Kikar Hamedina, Tel. 258046

Ramat Gan und Umgebung: Arlossoroff 81, Tel. 721489

Bnei Brak: Rabi Akiba 110

Petach Tikwa: Baron Hirsch 21

Herzlia und Umgebung: Herzlia Sokolow 69

Netania: Herzl 36, Tel. 22739

Bat Jam: Ramat Josef

Cholon: Sokolow 68

Beer Schewa: KKL 108.

Haifa bis 22 Uhr: Atzmaut 59, Tel. 528855. Ab 21 Uhr: MDA, Tel. 51223, Kirjat Elieser.

Jerusalem 19.00—22.00 Uhr: Jafo 36, Tel. 225059 Salah A-Din Tel. 282196.

AERZTENACHTDIENST

Dr. Har Even, Epsteinstr. 5. Tel. 443281.

Magen David Adom: Aerzte-Nachtdienst T.-A., Tel. 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" Arad: MDA, Tel. 057-97222 — Aschdod: MDA. Tel. 22222 — Bat Jam: MDA, Tel. 863333 — Cholon: MDA. Tel. 843132 — Gusch Dan: MDA, Ramat Gan, Hagilgalstr. 42, Tel. 781111 — Herzlia: MDA, Tel. 981333. — Haifa: MDA, Telefon 101 — Jerusalem: MDA. Tel. 101 — Kirjat Ono: MDA, Telefon 781111/2 — Natania: MDA. Tel. 23333 — Petach Tikwa: MDA, Tel. 912333 — Rischon Lezion: MD, Tel. 942333 — Tel-Aviv: MDA, Tel. 101 — Zfat: MDA. Tel. 101.

Kupat Cholim „Assaf", Tel-Aviv, Tel. 101, Gusch Dan, Tel. 781111, Bat Jam, Tel. 863333; Cholon, Telefon 843133; Haifa, Allgemeiner u. Kinderarzt, Tel. 254530.

Kupat Cholim Merkasit, Tel-Aviv-Jaffo: MDA, Mazestr. 13 Tel. 101, von 8.00 Uhr abds. bis 7 Uhr morgens Dr. Watts, Allenbystr. 50, Tel. 53888 (nur tagsüber); Dr Marc Dona, Haschmonaim 4, Tel. 248228

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV

ALLENBY: Walking Tall
BEN JEHUDA: Les Petroleuses
CHEN: Juggernaut
CINEMA ONE: The Taking of Pelham — One, Two, Three
CINEMA TWO: The Conversation
CINERAMA: Mister Majestic
DEKEL: The Odessa File
DRIVE-IN: 5.00 The Beggar Prince; 7.15 La Planete Sauvage 9.15 Good Times Roll
ESTHER: The Klansman
GAT: Crazy Sex
GORDON: The Pedestrian
HOD: The Taking of Pelham — One, Two, Three
LIMOR: Un Amour de Pluie
MAXIM: The Seduction
MOGRABI: The Odessa File
OPHIR: The Man who loved Cat Dancing
ORLY: A Warm December
PARIS: L'amour l'apres midi
PEER: Lucky Man
STUDIO: Murder on the Orient Express
TCHELET: Casablanca
TEL-AVIV: Paulo il Caldo
ZAFON: Stavisky

RAMAT GAN

KINO LILLY: 7.00 und 9.30 Sleuth (5. Woche), Lawrence Olivier, Michael Caine; — 4.00 Uhr: Tarzan and his Fate

JERUSALEM:

ARNON: Bring me the head of Alfredo Garcia
CHEN: Martha
EDEN: Sniper against Sniper
EDISON: Dagdan Inme
HABIRAH: Thunderbolt and Lightfoot
JERUSALEM: Cat Ballou
MITCHELL: Last Decameron
ORGIL: Le Distrait
ORION: Harrowhouse
ORNA: Death Wish
RON: I'll Cry Tomorrow
SEMADAR: The Godfather

HAIFA:

AMPHITHEATRE: Tough Guys
ARMON: Badge 373
ATZMON: Deux Hommes Dans La Ville
BEIT ROTHSCHILD: La Peau et les Os
CHEN: Juggernaut
MIRON: The Conspiracy
MORIAH: The Last Chance
ORAH: The Venial Sin
ORDAN: Quiet Flows the Don
ORION: Sensualita
ORLY: Avanti
PEER: Sleeper
RON: Lady Ice
SHAVIT: 3 Into 2 Won't Go

חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

ה"קומנדו הפדאיוני"

כך הגדיר אותם הקברניט אשר הטיס אותם כפאריס דרך שמי המזרח הקרוב ועד לבאגדד. בראיון עם כתבי הרדיו והטלוויזיה הצר־פתיים סיפר טייס המטוס הצרפתי אשר לקח את המתקיפים כאורלי לצירך על נוסעיו הבלתי רגילים. אולם הוא נזהר מאוד. ביטוייו היו חלשים. הכל היה מכיד למקרה שיקרה טוב ואז אולי, גם הוא בין קורבנותיהם של ה„פדאיון" והרי מזה — ללא ספק — הצרפתים נזהרים מאוד לא לפגוע במחבלים. ולכן הביטוי „קומנדו הפדאיון".

כמובן, הקברניט הצרפתי ומדינאי צרפת אינם מבודדים בגישתם האוהדת לרוצחים הערביים. ה„ענין הפלסטיני" מוצא היום ידידים רבים בכל העולם ובגלל זה אין מנוס מהעובדה שמיליוני אנשים מוכ־נים לראות בפושעים הערביים האלה לוחמי חופש לעם במצוקה לאומית. וברור הדבר שהמטרה — אף מקדשת את האמצעים.

לא הצלחנו להחדיר את האמת לשכבות רחבות של האנושות. לא הגענו לכך שיכולנו להעמיד את הדברים במקומם הנכון. כאן נשאלת השאלה באם ניסינו כלל לפעול בכיוון זה. בדידותנו תגדל וקשיינו לא יפסקו כל עוד נקבל — ללא התנגדות — את ההגדרה של „קומנדו פדאיוני" עבור חוליה רוצחים ופושעים — מן הגרועים בהיסטוריה של האנושות!

מ. ב.

„DAS FEDAYIN-KOMMANDO"

— so bezeichnete der Kapitän des Air France-Boeing, der die drei Terroristen von Paris über die Weiten des ganzen Nahen Ostens bis nach Bagdad führte, seine Passagiere. In einem Interview, das er den Korrespondenten des Rundfunks und des Fernsehens seines Vaterlandes gab, erzählte der Pilot, der zugleich der Chefpilot der französischen Luftfahrtlinie ist, von seinen Erlebnissen mit seinen ungewöhnlichen Fahrgästen. Aber er war mit allem, was er sagte, und in der Wahl der Worte, die er benutzte, ausserordentlich vorsichtig. Seine Sätze waren sorgfältig durchdacht, alles stellte sich darauf ab, dass ja schliesslich irgendwann auch er selbst einmal das Opfer jener Terroristen werden könnte, und, natürlich, als in diesem Falle recht offizieller Vertreter des offiziellen Frankreich blieb er der Linie treu; er wollte unter garkeinen Umständen irgendetwas sagen, was die „Palästinensischen Freiheitskämpfer" verärgern könnte, was zu einem Schatten in den Beziehungen zwischen Frankreich und den Arabern überhaupt führen mochte.

Sicherlich, der französische Chefpilot und die französischen Staatsmänner sind ganz und gar nicht etwa allein in ihrer Sympathie für die arabischen Mörder. „Die Sache Palästinas" findet heute eine Menge Freunde und Anhänger auf der ganzen Welt und daher es ist kein Wunder, wenn wir festzustellen haben, dass Millionen von Menschen in allen möglichen Ländern die verbrecherischen Taten der arabischen Terroristen als *Gefechte im Rahmen des Freiheitskampfes* eines Volkes in nationaler Not sehen wollen. Dass, wäre diese Deutung richtig, der Zweck die Mittel heiligen muss, ist dann für diese Menschen ganz selbstverständlich, das halten sie für so klar, dass darüber kaum eine Debatte geführt werden kann.

Uns ist es bisher nicht gelungen, weiten Schichten der Menschheit die Wahrheit, die eigentlich recht einfache Wahrheit der Dinge, die Wirklichkeit, wie sie sich aus Geschichte und Gegenwart im Orient darbietet, klarzumachen. Wir haben es nicht fertiggebracht, in einfachsten Worten, ohne jedes Pathos, nur auf Grund der Tatsachen, die Dinge wieder auf ihren richtigen Platz zu stellen. Natürlich könnte man hierbei die Frage stellen, ob wir überhaupt irgendwann einmal versucht haben, in dieser Richtung tätig zu werden. All unsere Schwierigkeiten, unsere bedauerliche Isolierung auf der Welt, können keineswegs zu Ende gehen, solange wir bereit sind, für Gruppen von verbrecherischen Mördern die Formulierung „Fedayin-Kommando" zu akzeptieren, unwidersprochen zu lassen. Es muss immer wieder, und mit allem Nachdruck, darauf hingewiesen werden, dass es sich bei diesen Menschen um die schlimmsten Mordbanden der Weltgeschichte handelt!

M. BIEL

ZWI RECHTER STEHT JETZT UNTER POLIZEILICHER ANKLAGE

Zwi Rechter, der Generaldirektor von „Solel Boneh" wurde gestern von der Polizei verhaftet, vom Amtsgericht aber gegen Stellung einer Kaution von 100.000 IL wieder auf freien Fuss gesetzt.

Der Leiter der Ermittlungsabteilung für Wirtschaftsvergehen im Landesstab der Polizei, Sgan-Nizaw Benjamin Sigel, hatte die Verhaftung veranlasst. Er stützte diesen Antrag auf die Ueberzeugung, dass Rechter keinerlei Erlaubnis der Devisenaufsichtsbehörde besass, als er eine Summe von zwei Millionen Dollar an die ICT-Gesellschaft von Dr. Tibor Rosenbaum nach Vaduz überwies. Über diesen Betrag fanden sich unrichtige Eintragungen im Protokoll des Direktorenausschusses und in den Geschäftsbüchern v. Solel Boneh. Ausserdem wird ihm ein Gefälligkeitsgeschäft auf den Namen einer Tochtergesellschaft von „Solel Boneh" zur Last gelegt, wodurch die ICT unter Umgehung der Devisenvorschriften einen Vorteil von 1,5 Millionen Dollar erlangte.

Gegen die Haftentlassung, die zunächst auf 24 Stunden begrenzt wurde, hatte die Polizei nichts einzuwenden. Der Forderung des Tel-Aviver Amtsrichters Jehoschua Ben-Schlomo auf Hinterlegung einer hohen Kaution kam Rechter nach. Zugleich wurde Rechter untersagt, Israel zu verlassen. Sein Reisepass muss bei der Polizei hinterlegt werden.

Zuvor hatte der Rechtsberater der Regierung in einem Gutachten dargelegt, dass die Kontrollkommission der Histadrut die Nachprüfung unterbrochen hatte, um polizeiliche Ermittlungen zu ermöglichen. Zwi Rechter selbst hatte versichert, dass die Angelegenheit der „fiktiven Wechsel" für Dr. Rosenbaum in Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen abgewickelt wurde.

Rechtsberater der Regierung sieht keine Schuldbeweise gegen Schubinsky

Der Rechtsberater der Regierung, Rechtsanwalt Meir Schamgar, empfahl dem Wirtschaftsausschuss der Knesset, die Akte „Autocars" endgültig zu schliessen.

Mit der Annahme dieser Empfehlung würden alle Anschuldigungen gegen den früheren Generaldirektor Jizchak Schubinsky, der bereits gerichtlich freigesprochen wurde, fallen, einschliesslich jener, die ihm betrügerische Geldgeschäfte und Dokumentenfälschung vorwerfen.

Die erste Anschuldigung betraf die Einfuhr von 216 „Leyland"-Lastwagen. Schubinsky hatte vom Verkehrsministerium die Festlegung des Verkaufspreises erbeten, hierbei aber nicht angegeben, dass die „Leyland"-Werke einen Rabatt von 25% gewährt hatten. Der Rechtsberater der Regierung ist davon überzeugt, dass Schubinsky in seinem Antrag den Netto-Preis angegeben hatte, der bereits um 25% niedrig lag.

Auch bezüglich eines Geschäftsabschlusses vom Monat März 1969 über die Lieferung von 2.084 Lastwagen und 100 Autobus-Fahrgestellen durch die „Leyland"-Werke konnte nicht nachgewiesen werden, dass Schubinsky die Regierung täuschen wollte. An diesem Geschäft über 9,5 Millionen Pfund Sterling waren die Regierung, die „Bank Hapoalim", „Leyland-Aschdod" und „Autocars" beteiligt.

Von den „Spenden", die „Autocars" gewährt hatte, standen vor allem zwei im *Mittelpunkt* der Anschuldigungen: 100.000 IL im August 1969 an den Erziehungsfonds und 50.000 IL im April 1969 für die Errichtung eines Denkmals zu Ehren der im Kriege gefallenen Piloten aus dem Kibbuz Alonim. Beide Spenden waren in den Geschäftsbüchern unter einem falschen Titel eingetragen worden, einmal als „Werbekosten" und einmal als „Anschaffungen für eine andere Gesellschaft". Diese Eintragungen wurden später berichtigt. Der Rechtsberater der Regierung kann hieraus aber keinen Beweis ableiten, dass durch diese ursprünglich falschen Eintragungen steuerliche Vorteile erlangt werden sollten.

MdK Schmuel Tamir, der die Ueberprüfung der Anschuldigungen im Rahmen des Wirtschaftsausschusses der Knesset geleitet hatte, beschuldigte den Rechtsberater, die Schliessung der Akte auf Druck des Justizministers empfohlen zu haben. Es sei klar erwiesen, dass es sich zumindest bei der Spende für den Kibbuz Alonim um eine klare Fälschung zum Zwecke der Steuerhinterziehung gehandelt hat.

GOLDA MEIR BLEIBT POPULAER

Das „Dahaf"-Institut befragte 1.237 Personen nach der „Persönlichkeit des Jahres".

Auf dem Sektor der Sicherheitspolitik erlangte Verteidigungsminister Schimon Peres 33,8% der Stimmen. Mit Abstand folgen Scharon, Dayan und Rabin; 19,9% nannten keinen Kandidaten.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik erlangten Finanzminister Jehoschua Rabinowitz 19,1% und dessen Amtsvorgänger Pinchas Sapir 16,3%. Auch Barlev und Sanbar erhielten einige Stimmen, aber 49,5% der Befragten wussten sich nicht zu entscheiden.

Auf politischem Gebiet steht Ministerpräsident Jizchak Rabin mit 17,8% an der Spitze. Ihm folgen Golda Meir, Begin, Peres, Schulamit Aloni und Prof. Katzir; 37,6% beantworteten diese Frage nicht.

Als „Persönlichkeit des Jahres" gilt Golda Meir; sie erhielt 18,8% der Stimmen und damit mehr als Rabin, Scharon, Peres, Begin und Dayan, während sich 33,6% nicht äusserten.

Im internationalen Masstab gilt Henry Kissinger als „Mann des Jahres" mit 32% der Stimmen. Auch Nixon, Ford und Jackson galten vielen Befragten dieser Ehre würdig, doch nannten 28,4% keinen Kandidaten.

Finanzministerium beginnt mit Beratungen über Steuerreform

Die Sozialbeihilfen, die Empfänger niedriger Einkommen seit der *IL-Abwertung erhalten*, belasten das Jahresbudget der Nationalversicherung mit einer Aufwendung von etwa 700 Mil*lionen IL*.

Das Finanzministerium überprüft nun die Frage, inwieweit die Gewährung einer solchen Sozialbeihilfe auf die allgemeine Arbeitsmoral Einfluss haben kann. Es hatte sich nämlich erwiesen, dass viele Geringverdiener *lieber* auf ihren Arbeitsplatz verzichten als das Recht auf eine volle Sozialunterstützung zu verlieren.

Es steht nun zur *Diskussion*, ob die Unterstützung der Bedürftigen weiterhin in Form von Sozialbeihilfen oder nicht zweckmässiger in Form von kostenlosen Dienstleistungen gewährt werden soll.

MEHRWERTSTEUER SOLL REFORM EINLEITEN

Die Ben Schachar-Kommission wird ihre Vorschläge zur Einhebung der Mehrwertsteuer bis zum 1. *März* vorlegen. Erst dann will das Finanzminister über die Höhe des Steuersatzes entscheiden, der nach allgemeinen Vermutungen nicht *niedriger* als 5% liegen soll.

Für das Finanzministerium ist die Mehrwertsteuer in das umfassende Reformprogramm *eingegliedert* und gilt sogar als Voraussetzung und Bedingung für die Einkommensteuer-Reform.

Ein anderer Vorschlag, der zur Beratung vorliegt, spricht von einer neuen Vermögenssteuer, die auf den gesamten Besitz, einschliesslich Kunstwerte und Schmuckgegenstände, erhoben werden soll. Es wird jedoch bezweifelt, ob eine solche Netto-Steuer mehr einbringen kann als die gegenwärtige Vermögenssteuer, durch die etwa 4% aller Steuereinnahmen aufgebracht werden.

BESTEUERUNG VON INDEX-GEWINNEN

Nach dem Vorschlag der Histadrut soll die Ben Schachar-Kommission auch eine 25prozentige Besteuerung der Kursgewinne aus indexgebundenen Obligationen, die bereits erworben wurden oder neu erworben werden, empfehlen.

Das Finanzministerium befürchtet, dass eine solche Steuer die Sparfreudigkeit beeinträchtigen würde. Das neue Staatsbudget ist wiederum darauf aufgebaut, dass fast 4 Milliarden IL *aus dem Verkauf von indexgebundenen* Obligationen eingehen. Wichtiger erscheint es dem Finanzministerium, Massnahmen zu treffen, die eine Kapital*flucht aus dem Produktionssek*tor in solche Obligationen verhindern können.

Naphta-Aktien fielen wieder

An der Tel-Aviver Börse fielen gestern fast alle Aktien-Kurse, besonders aber diejenigen der Brennstoff-Gesellschaften. Als die Naphta-Aktien keine Käufer fanden, wollte die Börsenleitung nur Verkäufer registrieren. Erst nach Aufhebung der Kursbegrenzung ging der Handel weiter, wobei die Naphta-Aktien einen Kursverlust von 60 Punkten verzeichneten. Auch die Lapidot-Aktien fielen um 15 Punkte. Die Geschäftsabschlüsse auf den Aktienmarkt erreichten *1,8 Millionen IL*.

Auch nach Obligationen bestand lebhafte Nachfrage. Die Abschlüsse beliefen sich auf 9. Millionen IL.

In der Lilienblumstrasse wurde der Dollar für *6.55 IL* verkauft.

Aus dem Kurszettel der Tel Aviver Börse

	21.1.1975	22.1.197
OBLIGATIONEN		
6% Israel Electr. „B" $ Linked	158.5	158
5% Dead Sea Works bearer $ Linked	142.2	142.
6½% Zim $ Linked	151.5	151.
Milve Klita 1965 Index 110.1	429	429.
Milve Klita 1966 Index 118.7	360.5	360.
Milve Klita 1967 Index 118.9	345	345.
6½% Dev. Loan ser 202 bearer	236.5	237.
Dev. Loan ser 3001 bearer	144	144.
Dev. Loan ser 182	283.5	284
Dev. Loan ser 309	171.5	171.
Milve Bitachon 1969 ser 41	136.5	136.
AKTIEN-MARKT		
Ozar Hitjaschwut ord. sh. reg	209	207
I DEB Bandholding ord. sh.	182	189
Bank Hapoalim ord. sh. bearer	281	280
Bank Leumi „A" ord. stock	240	239
General Mortg. Bank ord. sh. bearer	280	279
Isr. Dev. & Mortg. Bank „B" ord. sh.	245	245
Housing Mortg. Bank „B" ord. sh.	183	181
Hassneh Insurance ord. sh.	228	224
Delek ord. sh. reg.	132	131
Pal. Cold. Stor. & Suppl. IL 10	142	139
Africa Pal Investments ord. sh. reg. IL 10	209	209
Israel Land Development ord. sh. reg. IL 10	100	100
Solel Boneh Build. Works 10% bearer	106	106
Mehadrin	160	154
Neot Aviv	72.5	72.
Rassco 8% pref. ord. sh. reg.	76.5	76.
Ata „C" ord. reg. sh.	78.5	76.
Dubek	320	307
Phoenicia 8% ord. pref. part. bearer	66.5	65
American Israel Paper Mills	215.5	215.
Assis	159.5	159.
Elgar Investment bearer	80.5	79.
Ellern Investment Ltd. bearer	140	138
Pas Investments	93.5	90
Wolfson Clore Mayer Corp. reg. IL 10	63.5	63.
Discount Bank Inv. bearer	152	250.
Bank Leumi Investment ord. sh.	192	162
Clal Investment	200	200
Naphta Ltd. ord. sh.	176	116
Lapidot ord. sh. reg.	285	270
I.L.D.C. 10% conv.deb.	75.5	75.
Ata 10% conv. deb.	70	70
D-Mark per $	2.3555/75	2.3505/2
Swiss Fr. per $	2.5050/80	2.5080/1
D-Mark	2.52	2.52
Natad (unter banken)	—	—

TENDENZ AM GESTRIGEN BOERSENMARKT

übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet Bank

Ohne Obligo

** = ex rights
* = ex coup. div.
K = Nur Käufer
V = Nur Verkäufer
S = Schlusskurs

Dollar Bonds: uneinheitlich
Index Bonds: fester
Aktien: schwächer

Amerikanische Studiengruppen kommen heute nach Israel

(HM) — Heute wird eine fast 60 Mitglieder zählende Gruppe von de-luxe-Touristen auf dem Landwege über die Allenby-Brücke in Israel eintreffen.

Der Ausflug, der von der „Time" Corporation organisiert wurde, und die Teilnehmer mit einer Reihe *nahöstlicher Länder* bekannt macht, schliesst etwa 30 äusserst wichtige amerikanische Wirtschaftsmagnaten ein. Darunter sind beispielsweise der Vorsitzende des Aufsichtsrates von Mobiloil, der Aufsichtsratvorsitzende und Generaldirektor der United Airlines (50.000 Angestellte, 1.500 Flugzeuge), der grössten Fluggesellschaft d. Welt, und der Präsident der Aluminium Company.

Die Gäste werden zwei Tage lang in Israel verweilen und unter anderem mit Ministerpräsident Rabin und Aussenminister Allon sowie Verteidigungsminister Peres und Finanzminister Rabinowitz zusammentreffen. — Begegnungen mit Bürgermeister Teddy Kollek und den Oppositionsführern Begin und Rimalt sind ebenfalls vorgesehen.

Ebenfalls heute wird die Ankunft einer offiziellen amerikanischen Delegation des Zuteilungsausschusses des US-Senats *in Israel erwartet. An der Spitze* der Gruppe stehen zwei Senatoren: Daniel Inouye, Demokrat aus Hawaii, und Charles Mathias *jun., ein Republikaner aus Maryland*.

Senator Inouye ist Vorsitzender des Unterausschusses für *Auslandshilfe* im obenerwähnten Senatsausschuss und Senator Mathias gehört dem Unterausschuss ebenfalls an. Die beiden werden von sechs Sachverständigen begleitet. Die Gruppe soll heute früh in einem Sonderflugzeug der amerikanischen Luftwaffe am BG-Flugplatz eintreffen.

Frühere Pressemeldungen, denen zufolge 15 Senatoren im Rahmen dieser Studien-Tour die militärischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse Israels begutachten sollten, haben sich als übertrieben erwiesen.

Die beiden Senatoren werden heute zu einer Arbeitssitzung mit Finanzminister Rabinowitz zusammentreffen, die Gedenkstätte Jad Waschem besuchen und beim Knessetausschuss für Auswärtiges und Sicherheit zu Gast sein. *Morgen sind sie die Gäste* des Generalstabschefs, übermorgen sind sie bei Aussenminister Allon in Ginossar zu Gast und *am Sonntag* werden sie von Ministerpräsident Rabin und Verteidigungsminister Peres empfangen. Bevor sie am Montag das *Land verlassen*, werden *sie das* Einordnungszentrum für akademische Neueinwanderer in Katamon Tet - Jerusalem besuchen.

Der neue Vorsitzende des United Jewish Appeal in den Vereinigten Staaten Frank R. Lautenberg, ist *jetzt* zu einem einwöchigen Besuch in Israel eingetroffen. Frank Lautenberg, der aus Montclair in New Jersey stammt, wurde auf der letzten Jahreskonferenz des UJA im Dezember 1974 zum Vorsitzenden der Organisation gewählt. Während seines Aufenthaltes im Lande wird er an einer Sitzung der Jewish Agency teilnehmen und Besprechungen mit Regierungsvertretern abhalten.

Rabinowitz warnt vor Optimismus

(HM) — Die Kürzung des laufenden Staatsbudgets um 1,4 Millionen IL brachte die staatlichen Dienstleistungen bis zur roten Grenzlinie, die nicht überschritten werden darf. — Dies erklärte **Finanzminister Jehoschua Rabinowitz** auf einer Zusammenkunft mit Wirtschaftskorrespondenten.

Wenn die politischen Führer unseres Landes nicht verstehen werden, den Ernst unserer gegenwärtigen Wirtschaftssituation richtig einzuschätzen, besteht die Gefahr, dass unsere Devisenreserven wieder gefährlich absinken werden, wie dies vor einigen Monaten der Fall war. Die Rentabilität der Ausfuhr ist seit der Abwertung um 15% angestiegen und könnte unsere Wirtschaftslage durch verstärkten Export und grössere Produktivität noch zusätzlich verbessert werden.

Hinsichtlich des Abkommens zwischen Israel und der EG, das heute in Brüssel paraphiert werden soll, warnte Rabinowitz vor übermässigem Optimismus. Der Erfolg dieses Abkommens hänge davon ab, wie die israelische Wirtschaft diese Chance wahrzunehmen imstande sein wird. Anderenfalls werde das Abkommen zu einem Bumerang, der die Wirtschaft nicht saniere, sondern belaste.

Geldstrafe fuer Autobus-Chauffeur

Der Haifaer Verkehrsrichter Micha Lindenstrauss verurteilte einen unhöflichen Autobuschauffeur zu einer Geldstrafe von 250 IL.

Auf der Autobuslinie 57 wollte eine Frau mit einer 50 IL-Note ihren Fahrschein bezahlen. Der Chauffeur forderte die Frau mit Schimpfworten auf, auszusteigen, doch fand sich schliesslich ein anderer Fahrgast, der das Geld wechseln konnte. Der Chauffeur berief sich auf die Anweisung, dass er im Stadtverkehr nur einen Fahrgast mitnehmen muss, der mit einem Geldschein bis zu 10 IL bezahlt. Der Richter liess diesen Einwand aber nicht gelten, da diese Bestimmung getroffen wurde, als das Geld noch mehr wert war und billigere Tarife galten.

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE
— Nr. 325 —
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 32675
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52
Redaktion: Tel. 30014

